

60 Jahre Einheitsgewerkschaft in Köln

1945 – 2005

Gründung und Aufbau



Ein Überblick von
Wolfgang Uellenberg – van Dawen

60 Jahre Einheitsgewerkschaft in Köln

Vorwort.....	4
Einleitung.....	6
Wiederaufbau in Ruinen	10
Die Einheitsgewerkschaft.....	19
Kampf dem Hunger.....	34
Entnazifizierung und politischer Streit	45
Für Sozialisierung und Mitbestimmung	54
Chronik.....	68
Literatur	77

Vorwort

„Wir wollen einig, einig, einig, wollen demokratisch sein. In der Einheit, im gegenseitigen Verstehen liegt unsere Stärke. Eine Stärke, die uns unüberwindbar macht, wenn wir nur wollen. Die Einigkeit, unser höchstes Gut, lasst sie uns pflegen, lasst sie uns verteidigen gegenüber jedermann“, so Hans Böckler zum Abschluss des Gründungskongresses des DGB für die britische Zone am 25. April 1947.

Am 2. August 1945 gründeten Gewerkschafter sozialdemokratischer, christlicher und kommunistischer Richtung im Gerichtssaal des provisorischen Kölner Rathauses am Kaiser Wilhelm Ring 2 die „Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten.“ Nach 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur, nach Verfolgung, Widerstand und Exil einte sie der Wille, parteipolitischen Streit zu überwinden, um die notwendige Kraft aber auch die erforderliche Macht zu entfalten, dem Neuaufbau der bis auf Grundmauern zerstörten Stadt und des verwüsteten Landes ihren Stempel aufzudrücken.

Der Kapitalismus hatte in ihren Augen, aber auch in den Augen vieler Zeitgenossen, bis weit in das christliche Milieu hin, abgewirtschaftet. Die Verpflichtung der Wirtschaft auf das Gemeinwohl und die umfassende Mitbestimmung der Gewerkschaften in den Betrieben, in Wirtschaft und Gesellschaft sollten der Demokratie in Deutschland ein festes Fundament geben.

Wenn in den heutigen Auseinandersetzungen in den Medien, aber auch in der Wissenschaft und in der Politik, von den Gewerkschaften als den Dinosauriern des vergangenen Jahrhunderts die Rede ist, wenn sie als Hemmschuh notwendiger Modernisierung kritisiert oder gar mit dem Vorwurf der Blockade unabweisbarer Reformen überzogen werden, so reicht allein der Blick in die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik, um zu zeigen, wie haltlos solche Vorwürfe sind.

Durch die gemeinsame und von parteipolitischer Bindung und weltanschaulicher Orientierung unabhängige Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Arbeitswelt, durch Mitbestimmung und Mitgestaltung in Unternehmen und

Staat, aber auch durch ihr Wirken für den Sozialstaat tragen die Gewerkschaften bis heute zur Stabilität und Verankerung der historisch noch sehr jungen Demokratie in Deutschland bei.

Die Gründerinnen und Gründer der Einheitsgewerkschaft in Köln schufen zudem eine Organisation, die die überholten Trennungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten überwinden sollte. Trotz aller seit Jahren öffentlich geforderten und diskutierten Vorschläge zur Modernisierung des Sozialstaates wird dieser Anachronismus erst jetzt im Tarifrecht überwunden - und zwar auf Initiative der Gewerkschaften.

Mit dieser Darstellung wollen die Kölner Gewerkschaften den Anspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf gleichberechtigte Mitbestimmung, auf Mitgestaltung und auf menschenwürdige Arbeit unterstreichen und denen entgegen treten, die sie nur noch als Humankapital, als Kostenfaktoren oder lästige Bittsteller ansehen.

Die vielen, die heute nichts oder kaum noch etwas über diese Geschichte wissen, sollen einen Überblick erhalten, der helfen kann, Strukturen und Handlungsweisen des DGB und der Gewerkschaften besser zu verstehen. Alle, die sich interessiert, kritisch und polemisch mit den Gewerkschaften auseinandersetzen, sollen die Möglichkeit haben, vom Vorurteil zum Urteil zu gelangen.

Vor allem wollen wir an die Verdienste der Gründerinnen und Gründer erinnern, die Betriebsräte und Gewerkschaften in Köln unter größten Mühen wieder aufgebaut und den oftmals demoralisierten, verzweifelten und hungernden Menschen in den Betrieben und Verwaltungen Hoffnung, Zukunft und Würde gegeben haben.

Köln, im Juni 2005

Der DGB-Regionsvorstand

Einleitung

Mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft vor sechzig Jahren begann der vorerst letzte Abschnitt der Geschichte der Gewerkschaften in Köln. Ihre Wurzeln reichen bis in das Jahr 1848.

Kurz nach Ausbruch der ersten deutschen Revolution gründete am 13. April 1848 der Armenarzt und Revolutionär Andreas Gottschalk den Kölner Arbeiterverein. Mit bald 8.000 Mitgliedern organisierte er mehr als die Hälfte der damals in Köln beschäftigten Handwerker und Arbeiter. Gegliedert nach Berufsgruppen kämpfte er für die Verbesserung der elenden sozialen Lage der Arbeiter, gegen Hungerlöhne und lange Arbeitszeiten. In der Kölner Arbeiterzeitung fanden die Not und die Ausbeutung der Arbeiter zum ersten Mal ein öffentliches Forum.

Nach dem Verbot des Arbeitervereins 1850 dauerte es 13 Jahre ehe sich in Köln im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) Arbeiter wieder artikulieren und ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit erheben konnten. Der Aufbau der Gewerkschaften erfolgte nur sehr langsam und unter härtester Repression der Arbeitgeber und der preußischen Behörden. Auch behinderte der Streit zwischen den im ADAV organisierten Anhängern Ferdinand Lassalles und der Eisenacher Sozialdemokratie des 1840 in Köln geborenen August Bebel die Entwicklung der Kölner Arbeiterbewegung. Erst nach der Vereinigung der beiden Parteien, 1875 in Gotha, konnten sich im Windschatten der Sozialdemokratie Gewerkschaften vorsichtig entfalten. In der Zeit des Sozialistengesetzes, 1878 – 1890, war gewerkschaftliche Arbeit nahezu unmöglich.

Die beschleunigte Industrialisierung Kölns in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts verschärfte die sozialen Auseinandersetzungen. In Streiks wuchsen die Kraft und die Mitgliederzahl der Gewerkschaften. 1892 wurde in Köln das Kartell der freien Gewerkschaften gegründet. Arbeitskämpfe, aber auch die Unterstützung arbeitsloser und notleidender Arbeiter und ihre Beratung in Rechtsfragen waren der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. 1901 gründeten sie das Arbeitersekretariat zur Rechtsberatung. Erster Arbeitersekretär wurde Adolf Hofrichter. Er wurde 1912 als erster Sozialdemokrat in Köln in den Reichstag gewählt. Bedeu-

tendster Gewerkschaftsführer war August Haas, der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

1906 konnten die freien Gewerkschaften gemeinsam mit der Sozialdemokratie das Volkshaus an der Severinstraße 199 beziehen, in dessen Sälen Versammlungen, Parteitage und Maifeiern stattfanden. Hinderlich für den Aufbau der freien Gewerkschaften und der SPD war die starke Stellung des Katholizismus. Die Gesellenvereine Adolf Kolpings boten den Handwerkern Hilfe und eine weltanschauliche Heimat. 1894 begann in Köln der Aufbau christlicher Gewerkschaften. 1903 wurde die Stadt Sitz des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften Deutschlands unter Adam Stegerwald.

Der erste Weltkrieg schwächte die Gewerkschaften: Einberufung der Männer zum Militär, Einsatz von Frauen und jungen Arbeitern in der Industrie, wachsender Arbeitsdruck und der Hunger untergruben ihre Handlungsfähigkeit. Lähmend wirkte ihre Bereitschaft, zur Verteidigung des „Vaterlandes“ mit Staat, Arbeitgebern und Militär zusammenzuarbeiten. Erst die Streikwellen in der Rüstungsindustrie im Herbst 1917 und die wachsende Opposition gegen den Krieg führten zu einem Kurswechsel und stärkten die Gewerkschaften. Sie konnten im Unterschied zur SPD eine Spaltung vermeiden. Im November 1918 sorgten die Gewerkschaften mit der SPD und der USPD im Kölner Arbeiter- und Soldatenrat für den geordneten Verlauf der Revolution.

Nach dem Ende der Revolution und den ersten demokratischen Kommunalwahlen wurde der DMV-Vorsitzende August Haas Beigeordneter unter dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Seine Nachfolge trat Hans Böckler an. 1875 in Fürth geboren, war Hans Böckler zuletzt in Berlin Sekretär der von Gewerkschaften und Arbeitgebern gebildeten Zentralarbeitsgemeinschaft gewesen. Nach ihrem Scheitern wurde er nach Köln berufen und prägte den Weg der Kölner Gewerkschaften. 1920 hatte Böckler entscheidenden Anteil an der Gründung des freigewerkschaftlichen Seminars an der Universität zu Köln, an dem Gewerkschafter unter anderem in der Wirtschaftstheorie und im Arbeitsrecht ausgebildet wurden. Bestimmt war die Geschichte der Gewerkschaften in Köln in jenen Jahren von harten Arbeitskämpfen um Arbeitszeiten und Löhne.

Innerhalb der freien Gewerkschaften wuchsen die Spannungen zwischen Sozialdemokraten und der in Köln erstarkenden Kommu-

nistischen Partei. Als 1929 die KPD die Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausrief und den Sozialdemokraten den Vorwurf des Sozialfaschismus machte, zog sich ein tiefer Riss durch die Kölner Arbeiterschaft.

Nach Essen war Köln Hochburg der christlichen Gewerkschaften. Jakob Kaiser leitete seit 1924 vom Haus am Venloer Wall 9 die christlichen Gewerkschaften in Rheinland und Westfalen. Obwohl sie in vielen Tagesfragen mit den freien Gewerkschaften übereinstimmten, warfen sie diesen vor, statt eine Kooperation von Arbeit und Kapital anzustreben, die Konfrontation zu suchen. Auch standen die christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik viel distanzierter gegenüber als die freien Gewerkschaften.

Nach 1930 lähmten die Massenarbeitslosigkeit und der innere Streit die Kölner Gewerkschaftsbewegung. Trotz vieler Kundgebungen und Demonstrationen konnten sie den Aufstieg der NSDAP nicht verhindern. Verbittert mussten sie zur Kenntnis nehmen, dass sich immer größere Teile des Kölner Bürgertums den Nationalsozialisten zu wandten und auch die Kölner bürgerliche Presse Hitlers Terrorbanden hoffähig machte. Es war von besonderer Tragik, dass in Köln im Haus des Bankiers und späteren Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Schröder, am Stadtwaldgürtel die entscheidenden Gespräche des konservativen Politikers Franz von Papen mit Adolf Hitler stattfanden, die diesem den Weg an die Macht ebneten.

Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 terrorisierten SA und SS mit Hilfe der Polizei politische Gegner, folterten und ermordeten sie. Am 2. Mai 1933 stürmte die SS das Volkshaus an der Severinstraße. Am 4. Mai wurde das Haus der christlichen Gewerkschaften besetzt, da sich Kaiser weigerte, freiwillig vor den Nazis zu kapitulieren.

In den folgenden Jahren fanden fast alle Kölnerinnen und Kölner wieder Arbeit, aber die Löhne waren festgeschrieben und jede Form eigenständiger Meinungsbildung oder gar des Widerstandes gegen die Diktatur wurde brutal unterdrückt. Widerstand leisteten im Kölner Raum mit hohen Blutopfern nur wenige: Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen. Stellvertretend seien genannt: Otto Kropp (KPD), der 1936 zum Tode verurteilt wurde, Willi Schirrmacher (SPD), der zu langen Haftstrafen im Gefängnis und KZ verurteilt wurde, Willi Tollmann, der als Mitglied des Nationalkomi-

tees Freies Deutschland 1944 von der Gestapo ermordet wurde und die christlichen Gewerkschafter Bernd Letterhaus und Nikolaus Groß, die 1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Aus der bitteren Erfahrung der Niederlage der Gewerkschaften im Jahre 1933 und der Zerstörung der Weimarer Republik wollten diejenigen eine Lehre ziehen, die sich im gerade befreiten Köln aufmachten, die Einheitsgewerkschaft zu gründen.



1. Mai 1949

Wiederaufbau in Ruinen

Am 6. März 1945 standen Truppen der US Armee, die sich vom Westen aus vorgekämpft hatten, an den Stadträndern. Wenige Tage später hatten sie das linksrheinische Köln befreit. Am 12. April – sechs Wochen später – konnten sie auch die rechtsrheinischen Stadtteile besetzen.

Die Stadt war weitgehend zerstört. Als „Frontstadt aus der Luft“ hatte sie 262 Luftangriffe überstehen müssen. 69% aller Wohnungen waren nicht mehr bewohnbar. Auch die Infrastruktur war weitgehend zerstört. Bei ihrem Rückzug über den Rhein hatte die Wehrmacht mit der Hohenzollernbrücke die letzte der vier Kölner Straßen- und zwei Eisenbahnbrücken gesprengt. Die Schienen von Eisenbahn und Straßenbahn waren ebenso unterbrochen wie die Leitungsnetze der Strom-, Gas- und Wasserversorgung. Trümmer bedeckten die Straßen und machten sie unpassierbar.

Köln hatte zu Kriegsbeginn 767.102 Einwohner. Ständige Luftangriffe, aber auch die Evakuierung der Zivilbevölkerung in die östlichen Gebiete und auf das Land, hatten die Einwohnerzahl ständig verringert. Tausende Kölnerinnen und Kölner waren dem Terror der Nazis zum Opfer gefallen, darunter fast die gesamte jüdische Bevölkerung, Sinti und Roma, Homosexuelle und die, die sich aus weltanschaulicher Überzeugung oder schlicht aus Zivilcourage der Diktatur mutig widersetzt hatten. Viele waren den Bombenangriffen zum Opfer gefallen, waren in einem verbrecherischen Krieg ums Leben gekommen oder in Kriegsgefangenschaft. In den Ruinen hausten noch 50.000 Menschen.

Wer überlebt hatte, war befreit – befreit von der Angst vor den Bombenangriffen, aber auch vor den wahnsinnigen und selbstmörderischen Militäreinsätzen, mit denen die Nazis die alliierten Truppen noch aufhalten wollten. Im ganz wörtlichen Sinne befreit waren die Häftlinge aus den Kellern der Kölner Gestapozentrale, dem ELDE-Haus, und aus den Gefängnissen wie dem Klingelpütz, in dem die Amerikaner 80 halb verhungerte Häftlinge fanden.

Befreit vom Regime, aber nicht von der eigenen Schuld und Verantwortung wurden alle die, die als Träger, Unterstützer, Mitwisser und Pofiteure der Diktatur bis in die letzten Tage die Bevölkerung terrorisiert und sich ein schönes Leben gemacht und an den Hin-

terlassenschaften der Opfer schamlos bereichert hatten. Und das waren, entgegen aller Legendenbildung der Nachkriegszeit, in Köln nicht wenige.



1. Mai 1950

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick auf die Gründungs- und Aufbaujahre der Kölner Gewerkschaften nach 1945. Sie stützt sich nicht auf eigene Forschungsarbeit, sondern auf die zahlreichen Darstellungen von Kolleginnen und Kollegen und Historikern. Ich danke allen, die sich bisher die Mühe gemacht haben, die Geschichte der Gewerkschaften in Köln aufzuzeichnen und hoffe, dass dieser Überblick einen Anstoß gibt, auf diesem Wege weiter zu gehen. (W.U.)

Als sie die Trümmer ihrer Stadt sahen, weinten viele Kölner, aber sie kehrten zurück. Bereits im Juli 1945 zählten die Behörden 250.000 Einwohner und im Dezember 1945 wohnten wieder 447.000 Menschen in Köln.

Schnell wurden Wohnung, Heizung und vor allem Nahrung zu den überlebenswichtigen Problemen. Schon seit 1943, als die Bombenangriffe das städtische Leben immer mehr beherrschten, hatte die Sorge um das tägliche Überleben das Verhalten der Menschen mehr und mehr bestimmt. Dabei konnten die Nazis durch die Plünderung der besetzten Gebiete die Ernährung der Bevölkerung sichern, auch wenn die Verteilung immer schwieriger wurde.

In den Kellern Kölns lagerten 1945 noch erhebliche Nahrungsmittelvorräte, aber diese wurden schnell aufgebraucht. Die Nahrungsmittelversorgung wurde zum einen dadurch erschwert, dass die Teilung in vier Besatzungszonen jeden wirtschaftlichen Verkehr fast unmöglich machte. Nahrungsmittellieferungen aus dem fernen, der sowjetischen Zone zugehörigen Mitteldeutschland entfielen ebenso wie aus der nahen Eifel, die in der französischen Zone lag. Zum anderen waren durch die Kriegsereignisse viele landwirtschaftliche Betriebe zerstört. Der Mangel an Düngemitteln machte sich bemerkbar und die Transportwege waren unterbrochen. Bald wurde der Hunger zur dominierenden Erfahrung vieler Menschen.

Außer denen, die Angst vor gerechter Bestrafung haben mussten, hatte die Bevölkerung die amerikanischen Truppen erleichtert begrüßt. Die Menschen hatten keine Angst mehr, konnten von dem sprechen, was sie bedrückt hatte und wollten schnell das Grauen des Krieges vergessen. Aber schnell wich die Stimmung einer allgemeinen Niedergeschlagenheit und Trostlosigkeit. Sorge um vermisste Angehörige, Mangel an kultureller Abwechslung, vor allem aber der Kampf um das tägliche Überleben überlagerten alle anderen Erfahrungen. Da die geringen Rationen nicht ausreichten, das Geld fast wertlos war, blühten der Schwarzmarkt und die Korruption. Täglich befanden sich fast zehntausend Kölnerinnen und Kölner auf Hamsterfahrt auf dem Lande und boten alle ihre Wertgegenstände und manchmal noch viel mehr an, um Nahrungsmittel zu bekommen.

Der Kölner Polizeipräsident Winkler schrieb: „Die Not der Bevölkerung ist so ungeheuerlich, daß sie immer wieder, um Genuss- und Lebensmittel, und jetzt zum kommenden Winter auch Heizmaterial

zu erlangen, alles aufs Spiel setzen wird, um in den Besitz der von ihnen begehrten Ware zu gelangen.“ (zit. Rütger S. 44).

Nach der Befreiung waren die Straßen schnell von den Trümmern geräumt worden. Auch die Grundstücke wurden nach und nach enttrümmert. Notquartiere wurden eingerichtet, aber überall mangelte es an Baumaterial.

Die Amerikaner hatten bereits im April / Mai in der Nähe der Deutzer Brücke eine Brücke über den Rhein geschlagen, die dann im Herbst 1946 durch die Pattonbrücke ersetzt wurde. Aber es dauerte Monate bis die Züge wieder fuhren, bis die Straßenbahnschienen repariert und die Strom-, Gas- und Wasserleitungen wieder geflickt waren.

Wesentlich schneller als zunächst angenommen konnte jedoch die industrielle Produktion wieder aufgenommen werden. Beeindruckt von den zerstörten Gebäuden waren die Amerikaner davon ausgegangen, dass 80% der Kölner Industrie zerstört waren. Sie übersahen allerdings, dass ein großer Teil des Maschinenparks den Krieg heil überstanden hatte. Die Kölner Fordwerke hatten einen großen Teil ihrer Maschinen und Produktionsanlagen in das Aggertal ausgelagert. Mit Hilfe der US Armee, die schweres Transportgerät stellte, konnten sie sehr schnell die Anlagen wieder aufbauen. Als Unternehmen im amerikanischen Besitz erhielten sie auch umgehend die Produktionserlaubnis. Bereits am 7. Mai 1945 arbeitete Ford wieder, vor allem, um den Fuhrpark der US Armee zu reparieren.

Das ebenfalls im Kölner Norden liegende Werk Glanzstoff Courtaulds war nur zu 10% zerstört worden und hatte noch bis zum 28. Februar produziert. Nachdem es dem leitenden Direktor Franz Greiß gelungen war, die amerikanische Besatzungsmacht von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass künstliche Textilstoffe für die Bekleidung aber auch für die Versorgung der Landwirtschaft benötigt würden und sich auch diese Gesellschaft in britischem Besitz befand, konnte das Werk am 20. Mai 1945 die Arbeit aufnehmen.

Rechtsrheinische Betriebe wie das Carlswerk (Felten und Guillaume) und die Chemische Fabrik Kalk waren zu 31-40%, KHD (Werk Kalk) und die Westdeutsche Waggonfabrik zu 40–100% zerstört. Hier dauerte es bis in den Herbst, bei KHD bis zum Mai 1946, ehe eine endgültige Produktionserlaubnis vorlag.

Mit den großen Betrieben konnten auch die kleineren und mittleren Zulieferer die Arbeit wieder aufnehmen. Im August 1945 schrieb der Kölner Kurier „Die Schlote rauchen wieder“ (zit. Rütther S. 57). Die Kölner Industrie gehörte mit Ausnahme von KHD auch nicht zur Montanindustrie des Ruhrgebietes. Die Absicht der Alliierten, die Montanindustrie als Herz der deutschen Rüstung, des Imperialismus und Faschismus, ein für alle mal auszuschalten und zu demontieren, betraf sie nicht. Zudem wurden die Produkte – Motoren, Eisenbahnwaggons, Fahrzeuge, chemischen Produkte und Textilien - dringend gebraucht. Jedoch brauchten die Fabriken, die produzieren sollten, eine intakte Firmenleitung und ausreichend ausgebildetes Leitungspersonal. So sehr sich die Beschäftigten freuten, dass sie wieder arbeiten konnten und so fleißig sie aus den Trümmern wieder funktionierende Anlagen machen wollten, so schnell wurden sie auch auf die Kehrseite der Entwicklung aufmerksam gemacht.

Mit der Erlaubnis zur Produktion war auch die Erlaubnis verbunden, wieder Personal einzustellen. Dabei scheuten sich Unternehmen nicht, die Wiederaufnahme der Produktion zur Senkung der Personalkosten zu nutzen. So wurde in der Westdeutschen Waggonfabrik der Lohn der Arbeiter einheitlich auf 0,80 Rpf gesenkt und die Zahl der Arbeiter und Angestellten in „ein gesundes Verhältnis“ gebracht. (Unternehmensleitung, zit. Rütther S. 55). Auch bei den Gebrüdern Stollwerck herrschte schnell wieder die „Herr im Haus“ Mentalität.

Sofort nach der Befreiung bildeten sich in den wichtigsten Kölner Betrieben Betriebsausschüsse. Werner Hansen, ein enger Mitarbeiter Böcklers, der den Krieg im Exil überlebt hatte, berichtete am 25. Mai 1945: „Die gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt sich bis heute auf Betriebsausschüsse, die es in verschiedenen industriellen Großbetrieben gibt. Aber selbst diese Tätigkeit ist durchaus nicht legalisiert. Doch legal oder nicht legal gibt es heute solche Betriebsausschüsse bei Ford, bei der Glanzstoff, im Braunkohlen Syndikat, in den Carlswerken, bei den Deutz Motorenwerken (KHD) , bei den IG Farben (Bayer) und in einigen kleineren Betrieben.“ (zit. Rütther S. 67). Im Carlswerk nahm der alte Arbeiterrat einfach seine Tätigkeit wieder auf. Bei KHD bildete sich ein fünfköpfiger Betriebsausschuss. Als die Direktion ihm die Anerkennung verweigerte, wandten sich die Initiatoren, Willi Bredeneich und Willi Monschau, an den Leiter des rechtsrheinischen Arbeitsamtes, Willi

Schirmmacher. Schirmmacher, Gewerkschafter und Sozialdemokrat, hatte Widerstand geleistet und war verfolgt worden. Schirmmacher weigerte sich 8 Tage lang, der Firma KHD Arbeiter zuzuweisen. Daraufhin musste die Direktion den Betriebsausschuss anerkennen.

Bei den Fordwerken wurde unmittelbar nach Wiederaufnahme der Produktion ein Direktor aus England eingesetzt mit besten Verbindungen zur Militärregierung. Demgegenüber hatten die Arbeiter, die vor 1933 keinen Betriebsrat gekannt hatten, nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten. Immerhin konnten sie einen kommissarischen Betriebsrat einsetzen. Die Gründungsmitglieder der Betriebsausschüsse kamen überwiegend aus den 1933 unterdrückten Gewerkschaften der Weimarer Republik. Als Sozialdemokraten, Kommunisten oder Christen 1933 verfolgt und entlassen, wurden sie 1935/36 auf Grund des Facharbeitermangels wieder eingestellt. Einige konnten, wenn sie nicht einberufen wurden, während des Krieges in den Belegschaften eine anerkannte Rolle spielen. Nach der Befreiung nahmen sie untereinander Kontakt auf. Beeinflusst wurde die Bildung von Betriebsausschüssen auch durch die parallele Gründung von Ortsausschüssen in den rechtsrheinischen Stadtteilen. Diese Ortsausschüsse wollten die Stadtteile von ehemaligen Nazis säubern und der Bevölkerung bei der Bewältigung des Alltags helfen.

Vor allem die Sozialdemokraten Willi Schirmmacher und Hein Hamacher, die bis 1934 im Widerstand zusammengearbeitet hatten, organisierten Sozialdemokraten in den Ortsausschüssen des rechtsrheinischen Köln. Von ihnen gingen auch die Initiativen zur Gründung von Betriebsausschüssen aus. So erhielt Arnold Overzier von den Amerikanern die Erlaubnis zur Gründung des Betriebsausschusses bei der KVB. Theodor Fink, Vorsitzender des Ortsausschusses Köln Höhenhaus, und Ernst Lück, Vorsitzender des Ortsausschusses Köln Mülheim, hatten eine führende Rolle im Betriebsausschuss des Carlswerkes. Aber auch Mitglieder der KPD wie Wilhelm Kissel oder Adolf Hochscherf, die seit Februar 1946 dem Betriebsausschuss des Carlswerkes angehörten, waren Mitglieder der Ortsausschüsse Köln Merheim bzw. Köln Holweide.

Am 29. April 1945 versammelten sich 39 frühere „Vertrauensleute“ der SPD in Köln Höhenhaus, darunter auch viele Mitglieder von Betriebsausschüssen. Dennoch standen nicht die Fragen des Aufbaus in den Betrieben, sondern der Wiederaufbau in den Stadtteilen des

rechtsrheinischen Köln im Mittelpunkt der Diskussion. In den nächsten Wochen wurden die Aufgaben der Betriebs- und der Ortsausschüsse strikt getrennt. „Die Betriebsausschüsse haben im Betrieb das Kommando gehabt; Die Ortsausschüsse: Wir bewegten uns auf all dem, was außerhalb des Betriebes war.“ (zit. Rüter S. 77).

Weniger die politische Ausrichtung, als die Bewältigung der unmittelbar anstehenden Aufgaben des Wiederaufbaus, war Gegenstand der Arbeit der Betriebsausschüsse. Sie bildeten neben der Firmenleitung die einzige Autorität in den Betrieben – mehr noch – die Firmenleitungen waren in der Regel auf die Mitarbeit und die Unterstützung der Betriebsausschüsse angewiesen. Denn diesen erfahrenen Mitgliedern der ehemaligen Gewerkschaften stand meist eine sehr junge und durch die Erziehung in der Nazizeit und den Krieg geprägte jüngere Arbeitergeneration gegenüber, die kaum Erfahrung mit der Organisation des betrieblichen Alltags besaß. Entsprechend war auch der Ton zwischen Firmenleitungen und Betriebsausschüssen: Da wurde nicht angeordnet oder befohlen, sondern in der Regel gebeten und vereinbart. Denn die Betriebsleitungen wussten: Nur wenn die Belegschaften trotz der katastrophalen Wohnraum- und Versorgungslage anpackten, konnten die Betriebe enttrümmert und die Produktion aufgenommen werden.

Die Betriebsausschüsse kümmerten sich fast um alles: Die Zusammenführung von Familien, die durch die Kriegseignisse getrennt worden waren, die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des alltäglichen Bedarfs, die Wohnraumbeschaffung, die Versorgung mit Hausbrand. Aber sie vereinbarten auch die Regelung der Arbeitszeit, sorgten für eine gerechte Verteilung knapper Güter und schlichteten Konflikte. Vor allem um die Wiederherstellung von Wohnungen in der zerstörten Stadt sorgten sie sich. Manche Betriebsausschüsse wurden zu Bauleitern, wenn die Arbeiter in Selbsthilfe ihre Wohnungen wieder herrichteten. „Da sind es dann diese Alten gewesen, die in den Gewerkschaften, in den Betrieben vor allen Dingen eine klare Marschrichtung angegeben haben.“ (Betriebsausschuss, zit. Rüter S. 83).

Trotz dieser starken und für den Betrieb unverzichtbaren Stellung, die durchaus von den Unternehmensleitungen anerkannt und geschätzt wurde, wussten die Betriebsausschüsse doch die Machtverhältnisse in den Betrieben sehr realistisch einzuschätzen. Auch wenn der alte Besitzer ein Nazi war, „so war er immer noch der

Besitzer der Produktionsmittel. Wenn es auch nicht mehr viele waren, aber immerhin, Gebäude und Grund und Boden und der Rest der Maschinen, das gehörte ihm ja noch“ (Betriebsausschuss, zit. Rüter S. 84). Es war völlig undenkbar, dass ein Betriebsausschuss von den Amerikanern die Erlaubnis zur Inbetriebnahme der Produktion erhalten hätte. Dazu brauchte man schon die Unternehmer.

Die starke Stellung der Betriebsausschüsse war nicht rechtlich fixiert, sondern sie ergab sich aus ihrer unverzichtbaren Rolle für den Wiederaufbau. Dennoch wussten ihre Mitglieder, dass sie die Fragen, die über den betrieblichen Rahmen hinaus gingen, nicht allein lösen konnten. Sie brauchten Rat und Unterstützung. „Sie wussten ganz genau, dass sie ohne Gewerkschaft überhaupt nicht arbeiten konnten. Denn wer sollte nach außen hin ihre Interessen vertreten?“ (Bresgen, zit. Rüter S. 88). Die Gründung der Einheitsgewerkschaft stand auf der Tagesordnung. Sie entstand aber nicht wie in anderen Städten aus den Betrieben heraus, sondern ihr Gründungsprozess verlief gleichzeitig mit dem Aufbau in den Betrieben.

Nun hat der wirtschaftliche Notstand für viele Millionen schaffender Menschen, Flüchtlinge, Rentner und deren Familien einen unerträglichen Grad erreicht.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem gesamten Volk sind die Gewerkschaften bereit, mit der Behebung der Not mitzuarbeiten. Dies ist aber nur möglich, wenn ihnen ein maßgebender Einfluß zugebilligt wird. Die Mitbestimmung in der Wirtschaft ist Voraussetzung für eine soziale Lohn-, Preis- und Produktionspolitik.

Arbeiter, Angestellte und Beamte

im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.

Zur

Demonstration des gewerkschaftlichen Willens

ruht die Arbeit

am Freitag, dem 12. November 1948 von 0–24 Uhr

im gesamten Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Zonen.

Die Gewerkschaften fordern:

1. Die amtliche Verkündung des wirtschaftlichen Notstandes.
2. Zur Überwindung dieses Notstandes zeitlich befristete außerordentliche Maßnahmen:
 - a) Einsetzung eines Preisbeauftragten mit besonderen Vollmachten;
 - b) Erlass eines dem Notstand angepaßten Preis-, Kontroll- und Wuchergesetzes;
 - c) erweiterte Vollmacht und Verpflichtungen für Polizei und Behörden zur wirksamen Bekämpfung von Preiswucher, Warenhortung und illegalem Warenhandel;
 - d) schnellste Aburteilung von Verstößen gegen Gesetze und Anordnungen in Verbindung mit dem Notstand in einem besonderen Verfahren.
3. Beschleunigung des Jedermann-Programms und seine Erweiterung in einem Ausmaß, das dem Verhältnis zwischen vordringlichem Massenbedarf und weniger vordringlichem Bedarf gerecht wird.
4. Neuordnung der Steuererlassung und drakonische Strafmaßnahmen gegen Steuerbetrüger und deren Mithelfer.
5. Wirksame Maßnahmen, um beim Lastenausgleich den Sachwertbesitz sowie die Sachwertgewinne aus Warenhortung und Preiswucher zu erfassen und für einen gerechten sozialen Ausgleich zu verwenden.
6. Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Erfassung und Bewirtschaftung im Ernährungssektor.
7. Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, insbesondere für Rohstoffe, Energie und Kredite sowie für den Außenhandel und den Großverkehr.
8. Ueberführung der Grundstoff-Industrien und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft.
9. Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.
10. Inkraftsetzung der zu Ziffer 8 und 9 von den Parlamenten bereits beschlossenen Gesetze.

Männer und Frauen, reißt Euch ein! Es handelt sich um Eure Lebensinteressen!

Der Gewerkschaftsrat
des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
gez. Hans Bückler.

Frankfurt am Main, den 6. November 1948.

C 75. Kastenbez. D.A.J. 18. 10/48

Gewerkschaftlicher Aufruf zum eintägigen Generalstreik

Die Einheitsgewerkschaft

Am 27. März 1945 erschien eine Gruppe von acht Männern und Frauen in der amerikanischen Militärkommandantur. Geleitet wurde sie von Willi Bause.

Bause, bis zum Jahre 1933 Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Gemeindearbeiter, einer Mitgliedsgewerkschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, war von den Amerikanern zum stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes eingesetzt worden. Auch Willi Berling, Sozialdemokrat wie Bause und früherer Beamtenfunktionär und bei der Stadtverwaltung beschäftigt, sowie zwei Vertreter der früheren christlichen Gewerkschaften, aber auch drei der früheren revolutionären Gewerkschaftsopposition begleiteten Bause. Nur Bause wurde vorgelassen und konnte den Amerikanern die Vorstellungen der Gruppe zum Aufbau einer neuen Einheitsgewerkschaft vortragen. Sie hatten sie am Vormittag im Gebäude des Arbeitsamtes in der Nähe des Melatenfriedhofs formuliert.

Die amerikanische Militärregierung misstraute jedoch zu diesem Zeitpunkt deutschen Initiativen zum Aufbau neuer Organisationen und unterdrückte sie rigoros. Sie erklärte Bause, dass der Aufbau von Gewerkschaften derzeit noch illegal sei. „Selbstverständlich würden zu einem späteren Zeitpunkt Gewerkschaften auch in Köln zugelassen werden, aber sowohl die Zeit, als auch die Form dieser Organisation würde von der Militärregierung festgelegt werden.“ (Lauschke, S. 18). Demgegenüber wurde den katholischen und bürgerlichen Kräften mehr Spielraum gewährt. Während Kundgebungen der Arbeiter und Angestellten zum 1. Mai 1945 verboten blieben, konnte die Katholische Kirche einen Gottesdienst unter freiem Himmel abhalten. Der Industrie- und Handelskammer wurde nach ihrer „Selbstentnazifizierung“, in der sie kompromittierte NS-Angehörige aus leitenden Funktionen entfernte, gestattet, ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Der wieder in sein Amt eingesetzte Oberbürgermeister, Konrad Adenauer, hatte zudem nichts Eiligeres zu tun, als ihm ergebene ehemalige Zentrumsmitglieder in leitende Positionen der Kölner Stadtverwaltung zu hieven und sein autokratisches Regiment, so wie vor 1933, wieder aufzunehmen. Wie Werner Hansen klagte, beherrschte der „Kölner Klüngel“ (zit. Lauschke S. 19) bald wieder das politische Leben der Stadt.

Ende April, nach der Befreiung des rechtsrheinischen Köln, kehrte Hans Böckler in die Stadt zurück und sammelte ehemalige Gewerkschafter um sich. Werner Hansen schrieb: „Obwohl er bereits sehr alt ist, wird er von allen Gewerkschaftern ohne weiteres als der Mann anerkannt, der den Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung vorzunehmen hat. Er ist wirklich eine Persönlichkeit nicht nur vom Format eines Gewerkschaftssekretärs. Es gibt hier weder unter den Christen, noch unter den Kommunisten jemanden, der ihm gewachsen wäre.“ (zit. Lauschke S. 20). Aber auch Böckler konnte bei den Amerikanern keine Änderung ihrer Haltung erreichen. Als er sich auf der Kommandantur selbstbewusst als „Führer der stärksten Gewerkschaftsbewegung in diesem Bezirk“ (zit. Lauschke S. 20) vorstellte, wurde er lediglich von einem Adjutanten empfangen, der den 70-jährigen ehemaligen Reichstagsabgeordneten auch noch aufforderte, Spitzeldienste für die Amerikaner zu leisten.

Hans Böckler beschloss, auch ohne die Erlaubnis der Kölner Militärregierung die Organisation aufzubauen und wählte dazu den Weg über einen regionalen Zusammenschluss. Er suchte den Kontakt mit dem früheren christlichen Gewerkschaftsfunktionär Michael Rott in Bonn. Gemeinsam mit anderen früheren sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsfunktionären gründeten sie am 3. Juni 1945 den „vorläufigen Landesausschuss der Rheinischen Gewerkschaften“. Der vorläufige Landesausschuss traf sich wenige Tage später mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Hans Fuchs, einem christlichen Gewerkschafter, der dem Aufbau der Gewerkschaften wohlwollend gegenüberstand und sie bei den Amerikanern unterstützen wollte. Der vorläufige Landesausschuss verabschiedete auf seiner konstituierenden Sitzung am 3. Juni auch ein Fünf-Punkte-Programm zum Wiederaufbau der Gewerkschaften, das wesentlich von Böckler und Hansen verfasst worden war. Der zentrale Punkt lautete: „Der zu bildende Bund soll die von Staat und Behörden, von Unternehmern und politischen Parteien völlig unabhängige Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten sein.“ (zit. Lauschke S. 21).

Mit der Einheitsgewerkschaft wurde die Spaltung in parteipolitische und weltanschauliche Richtungsgewerkschaften ebenso überwunden wie die Trennung in Arbeiter-, Angestellten- oder Beamten-gewerkschaften. 1933, am Ende der Weimarer Republik, gab es in Deutschland 144 Gewerkschaften.

Aber nicht nur die soziale oder politische Zersplitterung sollte ein Ende haben. Böckler und seine Mitstreiter wollten vor allem eine schlagkräftige und handlungsfähige Organisation. Sie sollte von einer Zentrale aus straff geführt werden. Durch die Konzentration der Kräfte und die Zentralisierung der Macht wollten die Gewerkschaftsgründer die notwendige Gegenmacht gegen die Wirtschaftsverbände schaffen, um so die in ihren Augen unabwendbare Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft durchzusetzen. Dabei dachte der vorläufige Landesausschuss nicht an eine sozialistische Umwälzung, sondern an die gleichberechtigte Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften in den Unternehmen sowie in allen Körperschaften, also auch den Kammern, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigten.

Als der Landesausschuss sich am 3. Juni konstituierte, fehlten noch die Vertreter der Kommunisten. Sie wollte Böckler vorerst nicht einbeziehen, da er keinen Vertreter der KP kannte, dem er vertraute. Er wollte aber auch die Verhandlungen mit den Amerikanern nicht belasten. Nachdem aber in der Kölner KPD ein personeller Wechsel stattgefunden hatte und mit Heinz Gerard ein Anhänger der Einheitsgewerkschaft die eher noch in der Tradition der RGO verhafteten Gründungsmitglieder abgelöst hatte, wurde er von Böckler in den Führungskreis des „Rheinischen Gewerkschaftsbundes“ integriert. Damit wollte er auch mögliche Bestrebungen der KPD, aus den Betrieben heraus Gewerkschaften zu gründen, auffangen. Während dies im Ruhrgebiet zu Konflikten beim Gewerkschaftsaufbau führte, gab es in Köln keine solchen Bestrebungen. Auf der anderen Seite ließ er sich aber auch nicht von Adenauer vorschreiben, welchen Repräsentanten der christlichen Gewerkschaften er zu akzeptieren hatte. Als dieser ihm Peter Josef Schaeven, den Generalsekretär der früheren Zentrumsparterie, als offiziellen Sprecher der Christdemokraten in der neuen Gewerkschaft empfahl, lehnte Böckler strikt ab. Er wollte von Anfang an die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Parteien wahren.

Der Landesausschuss erarbeitete in den folgenden Wochen ein Programm und ein Organisationsstatut, das 17 unselbständige Industriegruppen in der Einheitsgewerkschaft vorsah, die jeweils von einem Vertreter der drei parteipolitischen Richtungen geleitet werden sollten. Dabei übernahmen die Gründer der Gewerkschaften in

den Westzonen, ebenso wie die des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in der SBZ, weitgehend die Organisationsstruktur und die Bezeichnungen der aufgelösten Deutschen Arbeitsfront. Aus dem früheren Deutschen Metallarbeiterverband wurde die IG Metall, der Fabrikarbeiterverband führte seine Tradition in der IG Chemie fort, die zahlreichen Gewerkschaftsverbände der im öffentlichen Dienst Beschäftigten fanden sich in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr wieder. Ein Antrag der christlichen Gewerkschafter, eine Zwangsmitgliedschaft wie früher in der Deutschen Arbeitsfront einzuführen, wurde abgelehnt, auch wenn Böckler dies als „höchst wünschenswert, ja notwendig“ (zit. Lauschke S. 24) erschienen war.

Eine Delegation von Hans Böckler, dem Christen Michael Rott und dem Kommunisten Heinz Gerard unternahm einen neuen Versuch, auf dieser Basis bei der amerikanischen Militärregierung nun die Gründungserlaubnis zu erhalten. Aber erst die britische Militärregierung, die am 21. Juni die Amerikaner abgelöst hatte, erteilte Mitte Juli 1945 die Erlaubnis zur Gründung der Einheitsgewerkschaft in Köln. Ein Fünferausschuss unter Leitung des früheren Stellvertreters Böckler in der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes Köln, Paul Weh, übernahm die Vorbereitung der Gründungsversammlung. Am 17. Juli wurde die Einheitsgewerkschaft zugelassen.

Am 2. August 1945 wurde im kleinen Gerichtssaal des provisorischen Rathauses der Stadt Köln, das im Allianz Gebäude am Kaiser-Wilhelm-Ring 2 untergebracht war, die „Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ gegründet. Nach einem Dank an die Vertreter der britischen Militärregierung, brachte Hans Böckler den Willen der Gewerkschafter, Verantwortung zu übernehmen und das Land wiederaufzubauen mit den Worten zum Ausdruck: „Wir leben zwischen Trümmern in einer Atmosphäre, von der ich sagen muss, dass sie noch immer verseucht ist von Nazigift. Es ist keine ermutigende Situation, denn uns drückt nicht nur die ungeheuerliche Last der Gegenwart, manchen von uns ängstigt bereits die Besorgnis um die nähere und fernere Zukunft von Volk und Land. Gerade bei denen, die Verantwortungsgefühl besitzen und die aus all dem Ungeheuerlichen wieder herauskommen wollen, ist die Sorge riesengroß. Jeder einzelne von uns fühlt sich seinem Volke auf Stärkste verbunden, trotz alledem was geschah. Obwohl wir wissen, welchen Frevel das Naziregime im Inne-

ren begangen und wie sehr es sich an der übrigen Welt verging. Es lastet schwer auf uns, dass wir Parias sind unter den Völkern der Erde. Wir fühlen diese Erniedrigung umso mehr, weil jeder sich fragt: Bist du nicht mitverantwortlich an dem, was geschah? Diese Frage gilt auch in dem Sinne, dass man nicht das Äußerste, das Letzte getan hat zur Verhinderung der nazistischen Verbrechen. Wir alle müssen uns eingestehen, dass wir das Letzte nicht hergegeben haben, denn das Letzte war das Leben! Wir haben das Leben behalten! Wir sitzen hier! Sind wir deswegen gehalten zu resignieren? Nein, denn weil wir wenigstens unser Leben behalten haben, kann unser Vorsatz nicht anders sein, als dass wir uns entschließen an der Verantwortung teilzunehmen. Geist und Hände müssen so kräftig wie nur immer möglich geregt werden, um die Schuld zu tilgen, die auch unsere Schuld sein mag. In angestrebter Arbeit und opferbereiter Hingabe müssen wir dahin wirken, Wiedergeltung zu erlangen in den Reihen der friedliebenden Völker der Erde. Die Zusammenfassung aller Redlichen, aller Gutmeinenden, die Zusammenfassung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in einer einzigen Organisation, der Einheitsgewerkschaft, ist das Ziel unserer Arbeit.“ (Protokoll der Gründungssitzung der Einheitsgewerkschaft in Köln am 2. August 1945, abgedruckt in: Rossmann S. 375).

Für die christlichen Gewerkschafter bekannte Fritz Wallraff, der eine Erklärung von Johannes Albers verlas: „Vor 25 Jahren konnte ich für den gewerkschaftlich organisierten Teil der christlichen Bevölkerung Kölns sprechen; heute haben uns die 12 Jahre Nazi-Herrschaft zusammengeschweißt und frühere Sonderbestrebungen von gewerkschaftlichen Organisationen überholen lassen, ... einig sind wir uns, dass die Erhaltung der Demokratie und die Gestaltung des Staates überwiegend heute von dem Willen der arbeitenden Volksschichten abhängen.“ (ebenda S. 377).

Im Auftrag der Arbeiterschaft des rechtsrheinischen Köln versicherte der Betriebsratsvorsitzende der Carlswerke, Theodor Fink: “Wir haben der europäischen Völkerfamilie zu beweisen, dass auch der Naziterror uns nicht unserer Würde beraubt hat. Wir hoffen, dass dann die Völker den Grundsatz nicht vergessen, der sagt, dass hinter jedem Schuldig auch ein Verzeihen zu stehen hat. ... Wir hoffen, dass die Einheitsgewerkschaft für die Zukunft der eiserne Block bleiben wird, der nicht mehr zu zerschlagen ist. Die Arbeiterschaft ist darüber beglückt, dass endlich jahrzehntelanges

Streben mit Erfolg gekrönt, dass die Einheit Wirklichkeit geworden ist.“ (ebenda S. 378).

Auf Vorschlag Böcklers wurde der vorbereitende Fünfer Ausschuss - Paul Weh, Willi Berling, Alfred Körner, Fritz Wallraff und Heinz Gerard - mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Sie sollten ein Organisationsstatut ausarbeiten. Zugleich sollten die dreiköpfigen Leitungen der Industriegruppen mit dem Aufbau beginnen. Um 18 Uhr war die Gründungssitzung der Kölner Einheitsgewerkschaft beendet. Ab September begann der Aufbau der Industriegruppen. Die Dreier Ausschüsse zur Leitung der Industriegruppen wurden gebildet und Aufnahmescheine ausgegeben. In kurzer Zeit vervielfachte sich die Zahl der Mitglieder: Von 12.241 Ende September stieg sie bis Jahresende bereits auf 29.637 und erreichte im März 1946 nach sieben Monaten bereits 40.293 Mitglieder.

Ihren Sitz nahm die Einheitsgewerkschaft am 10. August im teilweise zerstörten Gewerkschaftshaus der früheren christlichen Gewerkschaften am Venloer Wall 9 (heute: Hans-Böckler-Platz 9). Das Haus war aber so zerstört, dass nicht ein Raum nutzbar war. Es fehlten Fenster und Türen und es waren kaum Möbel vorhanden. Darum musste jedes Mitglied bei seinem Eintritt in die Gewerkschaft einen Beitrag in einen so genannten Aufbaufonds zahlen. Ein Raum wurde hergerichtet, Fenster und Türen abgedichtet. Eine Heizung gab es noch nicht. Für die Beschäftigten war es anfangs sehr mühsam, sich Arbeitsmaterial zu besorgen. Im Hungerwinter 1946/47 fehlte es zudem an Nahrung und an Heizmaterial. Wenn das Gewerkschaftshaus nicht schließen musste, so nur durch die vielen ehrenamtlichen Helfer, die Heizmaterial brachten oder die Beschäftigten aus Großküchen Kölner Unternehmen oder der Stadtverwaltung versorgten.

Nach der Gründung der Einheitsgewerkschaft in Köln engagierten sich Hans Böckler und Werner Hansen für die Ausweitung der neuen Organisation in der Rheinprovinz. Ihre Pläne und Vorhaben stießen jedoch auf den hinhaltenden Widerstand der britischen Militärregierung. Diese stand zwar dem Aufbau der Gewerkschaften positiv gegenüber - in Großbritannien regierte die Labour Party. Sie sah es jedoch als zweckmäßiger an, die neue Gewerkschaft auf der Basis eigenständiger Industrieverbände zu gründen. Zudem sollte die Organisation streng demokratisch von unten nach oben aufgebaut und damit den Deutschen wieder die Spielregeln der Demokratie beigebracht werden.

EINHEITSGEWERKSCHAFT ALLER ARBEITER ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

BEZIRK KÖLN

Mitteilungsblatt Nr. 1

Köln, im August 1945

An unsere Funktionäre

Werte Kollegen!

Unseren Geschäftsräume befinden sich ab 10. August 1945 am Westbahnhof, Venloerwall 9¹¹ (Chr. Gewerkschaft) Sprechzeit vorm. 10.30 bis 12.30 Uhr, nachm. 17.30 bis 19 Uhr, außer Mittwochs- und Samstags nachmittags.

Soweit Aufnahmescheine nicht schon im Betriebe sind, können sie dort abgeholt werden. Aufnahmegebühr (Aufbaugeld) ist ein Monatsbeitrag. Die Aufnahmegebühr und der erste Monatsbeitrag für August müssen bei der Aufnahme entrichtet werden. (Also doppelter Beitrag). Die weiteren monatlichen Beiträge sind am ersten des Monats zu zahlen und werden in der Mitgliedskarte quittiert.

Wer kann Mitglied werden?

Nazisparten werden nicht aufgenommen. Desgleichen Mitglieder die sich vergangen haben. Einfache NSDAP-Mitglieder (Mitläufer) denen keine Schuld nachweisbar, können Anträge über Aufnahme in die Gewerkschaft stellen. Über Aufnahme entscheidet der Betriebsrat evtl. eine Abteilungsmitgliederversammlung im Einvernehmen mit der Gruppenleitung.

Vorläufige Beiträge für Facharbeiter und Angelernte monatlich 4 RM, für Hilfsarbeiter 3 RM, für weibliche und Jugendliche 2 RM, für Angestellte und Beamte mit einem Monatsgehalt bis 100 RM 2 RM Beitrag, bis 150 RM 3 RM Beitrag, bis 200 RM 4 RM Beitrag; für jede weitere 50 RM Gehalt 1 RM Beitrag zusätzlich.

Mitgliedsbuch der Arbeitsfront

Dieses Buch ist sorgsam aufzubewahren. Ob und wann eine Aufrechnung erfolgt, entscheidet eine spätere Delegiertenversammlung.

Kollegen! Und nun, da der Weg frei ist, entschlossen an die Arbeit! Jeder Betrieb anz gleich ob Arbeiter oder Angestellte muß restlos erfaßt werden. Wer nicht mit uns ist der ist gegen uns. Er gehört zu den Nazisparten und ist demgemäß zu beachten.

Mit kollegialem Gruß

Der gewählte vorläufige geschäftsführende Ausschuß.
I. A. Paul Weh, Vorsitzender.

Erstes Rundschreiben der Kölner
Gewerkschaften nach 1945

Die Verhandlungen führten über Monate zu keinem Ergebnis. Böckler warnte immer wieder vor unkontrollierbaren Entwicklungen in den Betrieben, wenn sich der Aufbau der Branchengewerkschaften weiter verzögern sollte. Auch die britische Besatzung erkannte, dass sie die Betriebsausschüsse und die Gewerkschaften benötigte, um die Produktion wieder in Gang zu bringen und die Arbeiter zu versorgen. Vom 25. bis 29. November 1945 bereiste eine Delegation der britischen Gewerkschaften, des Trade Union of Congress, Deutschland. Sie traf am 23. November mit 18 Vertretern der Gewerkschaften der Nordrheinprovinz zusammen. Böckler plädierte noch einmal eindringlich für seinen Vorschlag einer zentralen Einheitsgewerkschaft, konnte die britischen Kollegen jedoch nicht überzeugen. Nach Ende ihrer Deutschland Reise erteilten sie in einem offenen Brief Böcklers Plänen eine Absage und rieten, den Gewerkschaftsaufbau auf der Basis der Industriegewerkschaften zu beginnen.

Auf einer Konferenz am 7. Dezember 1945, an der 103 Gewerkschafter aus der ganzen Provinz teilnahmen, empfahl Böckler schweren Herzens, sich dem Rat der britischen Kollegen nicht länger zu verschließen, „dass wir zunächst autonome Gewerkschaften aufzubauen haben, ohne unsere weitergehenden zusammenfassenden Pläne aus dem Auge zu verlieren.“ (zit. Lauschke S. 38). Am 1. Februar genehmigte die britische Militärregierung für ihre Zone die Gründung von Industrieverbänden. Dabei schrieb sie ein Dreiphasen Modell vor: In der ersten Phase sollten auf Versammlungen der Mitglieder Satzungen erarbeitet und verabschiedet, in einem zweiten Schritt Büros eröffnet werden und danach war der Zusammenschluss zu überörtlichen Verbänden erlaubt. Auf dieser Basis legten die Vertreter der bereits existierenden Gewerkschaftsgruppen für die Rheinprovinz (Nordrhein) in Düsseldorf Richtlinien für den Aufbau und den Zusammenschluss in der Region fest. Für Köln bedeutete dies, dass aus den bereits bestehenden Industriegruppen selbständige Industrieverbände gebildet wurden. Die bis dahin gemeinsam geführte Kasse musste aufgeteilt werden.

Gewerkschaften	1. Versammlung	Büroeröffnung
Bau	Oktober 1945	Februar 1946
Bergbau	Juli 1945	September 1945
Chemie	März 1946	Mai 1946
DAG	März 1946	März 1946
Gartenbau	August 1946	Oktober 1946

Graph. Gewerbe	September 1945	Januar 1947
Holz	Herbst 1946	Oktober 1946
Metall	April 1946	August 1945
Musik / Bühne	Juni 1946	Juni 1946
Nahrung / Genuss	September 1945	Januar 1946
Öffentliche Dienste	Juni 1946	Juni 1946

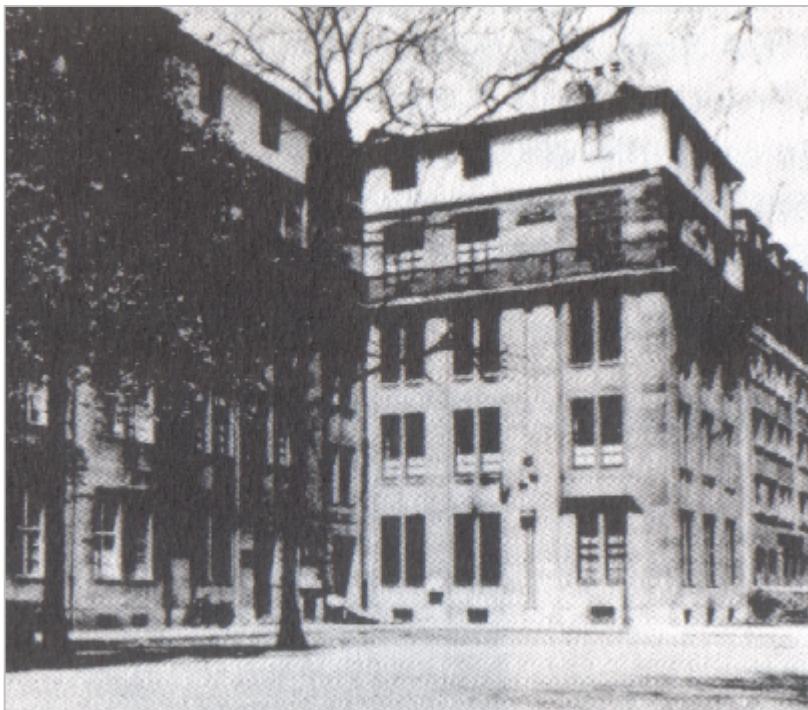
Am 5. September 1945 hatte sich eine „Einheitsgewerkschaft Gruppe Graphisches Gewerbe“ gegründet. Vorsitzender wurde Christian Fette. Ihre Tätigkeit war auf Köln beschränkt worden. Sie musste sich jedoch auf Druck der Militärbehörde wieder auflösen. Erst im März 1946 wurde dann der Industrieverband Druck und Graphik neu gegründet, der in Köln und an anderen Orten Ortsvereine bildete. Erster Vorsitzender des Kölner Ortsvereins wurde Heinrich Jansen, der von 1921 bis 1933 Vorsitzender des Buchdruckerverbandes in Köln gewesen war.

Der Industrieverband Metall konnte seine erste Vertreterversammlung erst am 27. April 1946 abhalten. Paul Weh, vor 1933 Bevollmächtigter, erinnerte an die bitteren Jahre der Nazidiktatur und gedachte der vielen Opfer, die der Deutsche Metallarbeiterverband durch den Terror der Nazis zu beklagen hatte. Verfolgt, verhaftet, lange Jahre im Gefängnis und Konzentrationslager, ermordet und hingerichtet, die Liste der Opfer war lang. Bei den ersten Wahlen zur Ortsverwaltung wurden Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten gleichermaßen berücksichtigt. Der Industrieverband Metall zählte zum 26. April 1945 12.145 Mitglieder davon 10.226 Arbeiter. In der Kasse waren 69.093,75 RM. Neben der Entnazifizierung und der Ernährungsfrage standen die Bildung von Tarifkommission für die einzelnen Branchen und Gewerke zur Ausarbeitung neuer Arbeitsordnungen und der weitere Organisationsaufbau auf der Tagesordnung.

Für die IG Chemie–Papier–Keramik wurde Paul Hertwig zum Bezirksleiter, für die IG Bau Georg Füllenbach gewählt. Für das Braunkohlerevier hatte sich schon im Juni im Kölner Land die Bergbaugewerkschaft gegründet.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr entstand aus den Industriegruppen „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ und „Handel und Verkehr“, die sich in der Einheitsgewerkschaft gebildet und bereits im Dezember 1945 hauptamtliche Sekretäre eingestellt hatten. Bei der Konstituierung als selbständi-

ger Industrieverband ging die Industriegruppe Öffentliche Betriebe und Verwaltungen voran. Bereits am 31. März 1946 fand die Erste Generalversammlung der Industriegruppe statt. Bevollmächtigter wurde Max Heintz (SPD), Stellvertreter wurden Ferdinand Michels (KPD) und Fritz Wallraff (CDU). Am 1. Mai 1946 wurde das Büro am Venloer Wall 9 eröffnet. Die Industriegruppe Handel und Verkehr und ihr Sekretär Arnold Fröls wurden in den folgenden Monaten übernommen. Die neue Gewerkschaft erhielt nun den Namen „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“. Sie organisierte neben den Beschäftigten der Kommunal-, Landes- und Reichsverwaltung, den Transport- und Verkehrsbetrieben auch die Beschäftigten von Reichsbahn und Reichspost.



Gewerkschaftshaus am
Venloer Wall 9, 1949

Die Mitglieder der ÖTV-Fachabteilungen Reichspost schieden am 1. Februar 1949 aus und gründeten die Deutsche Postgewerkschaft. Ein Jahr zuvor hatten sich auch die Mitglieder der Fachabteilung Reichsbahn in der britischen Zone mit den selbständigen Eisenbahnergewerkschaften der anderen Zonen zur Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands zusammengeschlossen.

Neben den Industrieverbänden entstand für die Angestellten aus den Bereichen öffentlicher Dienst, Handel und Banken eine selbständige Angestelltengewerkschaft, die DAG. Dies widersprach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und so drangen die Industriegewerkschaften Bergbau, Metall und Chemie darauf, die DAG aufzulösen und ihre Mitglieder zu integrieren. Hans Böckler versuchte lange Zeit, durch einen Kompromiss, der der DAG die Angestellten aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherung zuwies, einen Konflikt zu vermeiden. Da sich die DAG weigerte, dem nachzukommen und Angestellte in den Industriebranchen aufnahm, war der Bruch unvermeidlich. Im Juli 1948 schied die DAG aus dem DGB aus. Daraufhin wurde die HBV vom DGB als Konkurrenzorganisation gegründet. Am 9. August 1948 wurde auch in Köln ein provisorischer Vorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen gewählt.

Koordiniert wurde die Arbeit der Kölner Gewerkschaften weiter durch den Fünfer Ausschuss. Er konstituierte sich im November 1946 als Ortsausschuss der Kölner Gewerkschaften. Ehrenamtlicher Vorsitzender blieb Paul Weh, der jetzt zugleich auch der Vorsitzende des Industrieverbandes Metall war. Alfred Körner war zugleich Kassierer der Metallgewerkschaft, während Fritz Wallraff Sekretär der neu gegründeten Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr wurde.

Vom 22. bis 27. April 1947 fand in Bielefeld die Gründungskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone – das waren die Bundesländer Nordrhein Westfalen, Hamburg und Niedersachsen - statt. Zum Vorsitzenden wurde Hans Böckler gewählt. Als Sprecher des Zonenausschusses hatte er zeitweise von Köln aus die Gewerkschaften geleitet. Nun wurde der Sitz des Bundes nach Düsseldorf in die Stromstrasse verlegt. Mit dem Umzug nach Düsseldorf verlor Köln seine zentrale Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, auch wenn Hans Böckler bis zu seinem Tode am Akazienweg 126 in Köln Bickendorf wohnte.

Im März 1946 hatte Erich Potthoff am Venloer Wall als wirtschaftswissenschaftlicher Berater Böcklers seine Tätigkeit aufgenommen, nachdem Viktor Agartz, ein enger Gefährte Böcklers aus der Zeit des Freigewerkschaftlichen Seminars, Generalsekretär des Deutschen Wirtschaftsrates für die britische Zone geworden war. Im April 1946 wurde auf Beschluss des Zonenausschusses der Gewerkschaften das WWI in Köln gegründet, das maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik nach 1945 haben sollte. Auch dieses Institut wechselte nach Düsseldorf.

Der Kölner Ortsausschuss nannte sich nun DGB-Ortsausschuss, hatte aber noch keinen hauptamtlichen Vorsitzenden, sondern einen angestellten Sekretär, Peter Michels, und einen Rechtssekretär, Bruno Trawinski, Mitglied der CDU. Erst nach Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München am 13. Oktober 1949, dessen 1. Vorsitzender Hans Böckler wurde, wurde in Köln am 29. Oktober 1949 Peter Michels zum hauptamtlichen Vorsitzenden gewählt.



Obwohl die autonomen Industrieverbände mehr und mehr ein Eigenleben führten, war der Gedanke der Einheitsgewerkschaft lebendig. Alle sahen sich gleichermaßen mit der Not und dem Elend konfrontiert. Im Kampf gegen den Hunger, in der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung nahm der DGB in den Anfangsjahren eine führende Rolle wahr. Vor allem fanden zahlreiche Betriebsrätekonferenzen, Treffen der Vertreter der Gewerkschaften, der Betriebsräte und Betriebsobleute statt, auf der gemeinsame Aktionen verabredet und durchgeführt wurden. Der DGB war auch in den Augen der Mitglieder und Funktionäre ein Bund, für dessen Ziele alle gemeinsam eintraten. Erst in den fünfziger Jahren, als die Tarifpolitik zur Hauptaufgabe der Gewerkschaften wurde, sank der Einfluss des DGB. Er wurde zum Dachverband.

Der gemeinsame Wille aller Gewerkschaftsmitglieder kam bei den Maidemonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck. Die erste 1-Mai-Feier fand nach dem Krieg 1946 in der Aula der Kölner Universität statt. „Seltsames befreiendes Gefühl die Feier des ersten Mai in einem Raum mitzerleben, in dem 12 Jahre lang Nazi Redner ihre Phrasen in eine teilnahmslos da sitzende Menge warfen. Diesmal lag auf den Gesichtern der Männer und Frauen, die die Aula bis auf den letzten Platz füllten und die bei strahlendem Sonnenschein dicht gedrängt vor der Universität standen, freudige Teilnahme an den Darbietungen und kritische Aufgeschlossenheit gegenüber den Worten des Redners“ (Rheinische Zeitung, Ross-



mann S. 413). Redner waren Hans Böckler und der britische Stadtkommandant White.

1947 fand die Maifeier für das linksrheinische Köln ebenfalls in der Aula der Kölner Universität statt. Mairredner war Christian Fette, Vorsitzender des Industrieverbandes Druck und graphisches Gewerbe der Nordrhein-Provinz. Auf der Kundgebung im rechtsrheinischen Köln sprach der DGB-Rechtssekretär Bruno Trauwinski. 1948 gab es mit rund 10.000 Teilnehmern eine rechts- und eine linksrheinische Kundgebung, ferner Kundgebungen in Rodenkirchen, Wesseling, Hürth Knappsack, Frechen und Pulheim.

Redner in Köln war Werner Hansen, der Hans Böckler als DGB-Landesbezirksvorsitzender für Nordrhein Westfalen folgte. Am 1. Mai 1949 sprach in Köln Karl Arnold, Ministerpräsident von Nordrhein Westfalen, Mitglied der CDU, ein engagierter christlicher Gewerkschafter und enger Weggefährte Hans Böcklers. Er setzte sich mit Leidenschaft für die Einheitsgewerkschaft und das Recht der arbeitenden Menschen auf Mitbestimmung ein.

MAIFEIER

1947

DER GEWERKSCHAFTEN KÖLNS
Großkundgebungen aller Kopf- und Handarbeiter Kölns!

Linksrheinisch: Vor und in der Universität Köln, 10 Uhr morgens

Rechtsrheinisch: Im Speisesaal der Chemischen Fabrik, Köln-Kalk, 10 Uhr morgens

Der 1. Mai ist unser Feiertag, der Tag aller Schaffenden mit ihren Angehörigen in der ganzen Welt. Schon über ein halbes Jahrhundert ist der 1. Mai der Tag der Werktätigen, und er soll es auch bleiben.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

*Wir hungern,
Wir haben keine Wohnungen,
Wir haben keine Kleider,
Wir haben keine Schuhe,
Wir haben keinen Hausbrand,
Uns fehlt alles zu einem menschenwürdigen Leben*

Trotzdem: Wir feiern den 1. Mai, den Weltfeiertag der Arbeit, und fordern:

**Ausreichende Ernährung der Werktätigen!
Schärfste Maßnahmen gegen den Schwarzhandel und gegen die Erzeuger, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen!
Sozialisierung der Schlüsselindustrie!
Demokratisierung der Wirtschaft!
Schaffung eines neuzeitlichen Arbeitsrechts!
Neuordnung der Sozialversicherung!
Wir geloben mit allen Schaffenden der Welt,
Kampf jeder Reaktion und Sicherung des Weltfriedens!**

Wir wirken durch die Einheit unseres Willens, durch unsere Entschlossenheit und durch unsere Masse!

Die Maikommission der Gewerkschaften Kölns!

Kölner Maiaufruf 1947

Kampf dem Hunger

Am 8. August 1945 wurde von der britischen Militärregierung die Industrial Relation Directive No. 2 erlassen.

Sie forderte die Belegschaften auf, „aus ihrer Mitte Sprecher zu wählen,“ um „mit der Betriebsleitung in Fragen innerbetrieblicher Natur“ Verhandlungen zu führen. Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit sollten vorläufig noch verboten sein. (zit. Rüter S. 117). Die Direktive verstand sich als vorläufige Regelung „bis regulär aufgestellte Gewerkschaften die Aufgaben der Organisation der Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitsangelegenheiten übernehmen könnten.“ (ebenda). Damit stellte die britische Militärregierung klar, dass die Betriebsräte nicht unabhängig von den Gewerkschaften agieren sollten. Es war nun zugleich aber auch Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass die Betriebs-sprecher gewählt werden konnten. Da die Militärkommandantur in Köln offensichtlich keinerlei Notwendigkeit zum Handeln sah, wandte sich Böckler am 4. Oktober in einem Schreiben an die Militärbehörde in Düsseldorf und forderte die „baldige Erlaubnis zur Vornahme von Wahlen für die Betriebsvertretung.“ (ebenda S. 118). Anlass dieses Briefes war die Verschleppung der Betriebsratswahlen bei der Kölner Stadtverwaltung durch Konrad Adenauer.

Als Reaktion auf diesen Brief erhielt am 8. Oktober 1945 die Industrie- und Handelskammer zu Köln den Auftrag, die Direktive in den Kölner Unternehmen bekannt zu machen und Wahlen abhalten zu lassen, über die dann der Militärbehörde zu berichten sei. Auf Anfrage der IHK legte dann die Militärbehörde die Zahl der zu wählenden Sprecher auf 12 Personen fest. Da es keinerlei Regelungen über die Wahlvorstände gab, übernahmen die bereits vorhandenen Belegschaftssprecher die Leitung. In einem Unternehmen wurde sogar ein Prokurist mit der Durchführung der Wahl beauftragt. Auf dieser Grundlage fanden in den meisten Kölner Betrieben vom Oktober 1945 bis zum Februar 1946 die ersten offiziellen Betriebsratswahlen der Nachkriegszeit statt. Die Wahlen verliefen ohne besondere Probleme.

Die Industrial – Relation –Directive No 2 hatte zwar auf die Aufgaben künftiger Gewerkschaften verwiesen, jedoch keinerlei Bezug

auf die aktuellen Aufgaben der Betriebsräte genommen. Über Löhne und Arbeitszeiten durfte nicht verhandelt werden. Einige Unternehmen interpretierten dieses Verbot soweit, dass sie selbst Gespräche über Konflikte, die sich im Einzelfall ergaben, ablehnten. Bei der Firma Gebrüder Stollwerk wurde festgehalten: „Die Einschaltung des Betriebsrates ist auf die Beratung sozialer und arbeitsrechtlicher Fragen beschränkt, wobei selbstverständlich in jedem Falle die Entscheidung der Betriebs- bzw. Geschäftsleitung zufällt.“ (zit. Rüter S. 126). Das Führer – Gefolgschaftsprinzip der Nazizeit spuckte diesen Unternehmern noch im Kopfe herum.

Auch wenn in anderen Kölner Unternehmen die Betriebsräte eine weitaus stärkere Stellung hatten, so wehrten sich die Unternehmensleitungen vehement gegen eine Festlegung der Aufgaben der Betriebsräte, die über die sozialen Angelegenheiten hinausging. Mitbestimmung bei Einstellungen des Führungspersonals oder eine Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen lehnten sie strikt ab. Dennoch versuchten Vertreter der Einheitsgewerkschaft in mehreren Gesprächen mit der IHK die Aufgaben der Betriebsräte zu bestimmen oder zumindest eine Schiedsstelle in Konflikten zu vereinbaren. Als kurzfristige Übergangslösung bis zu einer gesetzlichen Regelung wurde eine „Schiedsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten“ eingerichtet, deren Satzung am 11. Dezember 1945 verabschiedet wurde.

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 legten die Alliierten die Grundlagen für die Arbeit der Betriebsräte. Das nur 13 Artikel umfassende Gesetz befreite die Betriebsräte aus ihrer Pflicht zur Unterstützung bzw. vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmensleitungen und sah in ihnen reine Interessensvertreter der Belegschaften. Allerdings schrieb das Gesetz nicht zwingend die Bildung von Betriebsräten vor, sondern gestattete sie. Konkrete Mitbestimmungsrechte wurden nicht festgelegt. Dies wurde vielmehr den Betrieben überlassen. Eine wirtschaftliche Mitbestimmung in Produktionsfragen war den Betriebsräten ebenso verwehrt wie die Mitbestimmung in den Aufsichtsgremien der Unternehmen. Jedoch konnte auf Grund einer Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber, die Anwesenheit an den Sitzungen dieser Gremien zu Informationszwecken gestattet werden.

Zum Verhältnis zu den Gewerkschaften besagte der Artikel VII, dass die Betriebsräte „ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den anerkannten Gewerkschaften“ auszufüllen hätten. (zit. Rüter S.

140). Das Kontrollratsgesetz Nr. 22 war bis zur Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 1952 die gesetzliche Grundlage für die betriebliche Mitbestimmung in der Privatwirtschaft. Bis zur Verabschiedung des Landespersonalvertretungsgesetzes des Landes NRW im Jahre 1958 galt es für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Landes.

**Alliierte Kontrollbehörde
Kontrollrat**

Gesetz Nr. 22 — Betriebsrätegesetz

Der Kontrollrat hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zur Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben wird hiermit die Errichtung und Tätigkeit von Betriebsräten in ganz Deutschland gestattet.

Artikel 2

1. Der Betriebsrat eines Betriebes ist lediglich aus dem Kreise von Personen zu bilden, die tatsächlich in diesem Betrieb tätig sind.
2. Funktionäre der früheren Deutschen Arbeitsfront oder Mitglieder der nationalsozialistischen Partei können nicht Mitglieder des Betriebsrates sein.

Artikel 3

1. Die Wahl der Mitglieder des Betriebsrats muß unter Anwendung demokratischer Grundsätze und mittels geheimer Abstimmung erfolgen.
2. Die Mitglieder des Betriebsrats üben ihr Amt für höchstens ein Jahr aus, jedoch ist Wiederwahl zulässig.

Artikel 4

1. Die Arbeiter und Angestellten eines Betriebes können einen vorbereitenden Ausschuß zu dem Zwecke bilden, Vorschläge über die Zusammensetzung des Betriebsrates und die Durchführung der Wahl von Betriebsratsmitgliedern zu machen. Diese Vorschläge bedürfen der Zustimmung der Arbeiter und Angestellten des Betriebes, die durch Mehrheitsbeschluß zu geben ist.
2. Anerkannte Gewerkschaften können an der Bildung von vorbereitenden Ausschüssen und an der Organisation von

Kontrollratsgesetz Nr. 22
10. April 1946

Bei den Belegschaften Kölner Unternehmen - der Fordwerke, der Siemenswerke oder von Martin und Pagenstecher - stieß das Gesetz auf einmütige Ablehnung, da es keinerlei konkrete Mitbestimmungsrechte festlegte. Sie forderten die Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten und eine zwingende Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen aller Beschäftigten, also auch des Führungspersonals. Jedoch entstand daraus keine Bewegung für eine umfassende Mitbestimmungsregelung. Vielmehr gingen die Gewerkschaften dazu über, für die einzelnen Betriebe die Aufgaben der Betriebsräte mit den Arbeitgebern zu vereinbaren.

Unstrittig war die Mitbestimmung in allen sozialen Angelegenheiten. Denn die war die vordringlichste Aufgabe der Unternehmensleitungen wie der Betriebsräte selbst. Keine Mitbestimmung erhielten die Betriebsräte in Fragen der Produktion und der Strategie der Unternehmen, obwohl sie einen wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung der Produktion hatten. Die Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen beschränkte sich auf die Arbeiter und die Tarifangestellten.

Der Kampf für weitergehende Mitbestimmungsrechte überließen die Betriebsräte den Gewerkschaften: „Die Gewerkschaft ist eigentlich derjenige Mann der Organisation, die jetzt dafür Sorge trägt, dass wir den anständigen Rock behalten. Und die Betriebsräte sind diejenigen, die in gemeinsamer Zusammenarbeit von der Belegschaft zur Gewerkschaft und von der Gewerkschaft zur Belegschaft dafür Sorge tragen sollen, dass auch das Hemd nicht vergessen wird, denn in den meisten Fällen heißt es, das Hemd steht näher als der Rock, und da Betriebsrat und Belegschaft in engstem Kontakt zusammen stehen, so interessieren wir uns nun um das Hemd und unsere Gewerkschaften sind unsere Beauftragten, die dafür sorgen, dass auch der Rock nicht vergessen wird.“ (BR Vorsitzende Rentschler von Herbig Haarhaus. Zit. Rüter S. 148).

Der Kampf um die Mitbestimmungsrechte trat jedoch sehr schnell in den Hintergrund. Betriebsräte und Gewerkschaften mussten gegen einen Gegner kämpfen, der übermächtig zu sein schien: Der Hunger. Bereits auf der ersten Kölner Betriebsrätekonferenz, an der am 7. April 1946 mehr als 600 Betriebsräte teilnahmen, mahnte der Kölner Ortausschussvorsitzende Paul Weh: „Keine Wohnungen, unser Volk vegetiert in Höhlen und Kellern. Keine Kleidung. Die Ernährungskrise bedroht unser Volk mit dem Hungertode. Die

Produktionsstätten sind zerstört und große Lasten werden uns für die Wiedergutmachung auferlegt werden. Dunkel und schwer liegt die Zukunft vor uns und alles das verdanken wir dieser Verbrechergesellschaft.“ (der NS-Diktatur W.U.) (Protokoll zit. Rossmann S. 385). Die Ernährungslage der Kölner Bevölkerung verschlechterte sich von Tag zu Tag. Die Menschen hungerten und der Schwarzmarkt blühte, auf dem Menschen ihr letztes Vermögen gaben, um an Nahrungsmittel zu gelangen.

In Köln wurde die 1945 die tägliche Kalorienzahl auf 1.550 Kcal pro Tag festgelegt. Im März 1946 sank die Ration auf 1.014 Kcal. Ihren Tiefpunkt erreichte die Versorgungslage im Juni/Juni 1946 mit 773 Kcal für den Normalverbraucher. Besonders schlimm betroffen waren die Kinder. Nur noch 18% aller Kinder waren ordentlich ernährt. Jedes zweite Kind war deutlich unterernährt. Bereits im Oktober 1945 konnten 25% aller Schulkinder aus Hunger nicht mehr am Unterricht teilnehmen. 1946 litt jeder fünfte Kölner an Hungerödemen. Hans Dohrenbusch, der zurückgekehrt aus der Schweizer Emigration den Aufbau der Arbeiterwohlfahrt betrieb, schrieb bereits im September 1945 an seine Frau „Auf den Karten steht zwar mancherlei, was man erhalten soll, aber es gibt die Sachen nicht. Das einzige, was sicher ist, ist das Brot. Dafür gibt es keine Kartoffeln, kein Gemüse, kein Obst, nur 62g Fett in der Woche.“ (zit. Rütger S. 158).

Für die Kölner Arbeiter verschlimmerte sich die Situation noch dadurch, dass sie das Wenige, das sie auf den Lebensmittelkarten erhalten konnten, kaum bezahlen konnten. Der Wochenlohn eines Industriearbeiters reichte in den meisten Fällen nicht aus, um die zugeteilten Waren für sich und seine Familie zu bezahlen. In einer Reportage der Rheinischen Zeitung über die Ernährungsverhältnisse der streikenden Kölner Arbeiter im November 1946 heißt es: „Von 100 Arbeitern haben bestenfalls 20 ein Frühstück und das ist nur kläglich, alle anderen schufteten mit leerem Magen bis es zum Mittag ein leidliches Essen gibt, das den Kräfteverschleiß aber nicht im Geringsten ausgleicht. Ob dann aber am Abend überhaupt etwas Essbares vorhanden ist, das ist eben die große Frage heute, die die Mehrzahl der Schaffenden mit Nein beantworten muss.“ (zit. Rossmann S. 418). In Folge dessen sank die Arbeitsmoral auf einen Tiefpunkt: Theodor Fink, Betriebsratsvorsitzender der Carlswerke zeichnete ein trübes Bild der Lage: „Hunger, Elend, Miss-
trauen gegenüber den Behörden und der Verwaltung, Absinken der

Arbeitsmoral und der Warenerzeugung. Zu hunderten verliessen die Arbeiter täglich das Werk, weil sie zu schwach zur Arbeit seien. Der Betriebsrat hätte die größte Mühe, die Belegschaft von einer Arbeitsniederlegung abzuhalten, wozu es in vielen Betrieben bereits gekommen sei.“ (zit. Rüter S. 164).

Verschärft wurde die Lage durch den Kohlenmangel und die miserablen Wohnverhältnisse. Der Betriebsrat der CFK berichtete: „Tagtäglich Besuch verzweifelter, frierer Arbeiter. Thema: Irgendein schutzloser Trümmerrest, behelfsmäßig als Wohnung hergerichtet, notdürftig aber nutzlos abgedichtet gegen die grausame Kälte, keine Betten, keine Decken, faulendes Stroh, ein kranker Ofen ohne Heizstoffe, Eis an den Decken und Wänden, der Schrei nach Brand. Betriebsrat hilf! Was sollen wir ihnen sagen?“ (zit. Rüter S. 169). Hilfe kam aus dem Ausland: Von Schweizer Gewerkschaften, vom Schweizer Arbeitshilfswerk, vom Internationalen Transportarbeiterverband kamen Lebensmittel vor allem für die Kinder, aber es war nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die zunehmende Erschöpfung und die sinkende Arbeitsmoral behinderte die Produktion. Die Arbeiter verließen ihren Arbeitsplatz, um sich das Allernötigste auf dem Schwarzmarkt zu besorgen. Bei den Carlswerken fehlten 1947 33% der weiblichen und 15% der männlichen Arbeiter und 14% der weiblichen und 10% der männlichen Angestellten. Auch bei KHD und in anderen Betrieben stieg die Zahl der Fehlschichten. Es war ein Teufelskreis: Fehlende Lebensmittel, sinkende Produktion, sinkende Löhne, unbezahlbare Lebensmittel, sinkende Arbeitsmoral usw. Ermutigt und unterstützt von den Unternehmensleitungen gingen die Betriebsräte dazu über, die Versorgung der Belegschaft selbst zu organisieren. Obwohl sie offiziell gegen den Schleichhandel zu Felde zogen, organisierten sie mit firmeneigenen Fahrzeugen Lebensmitteltransporte. Vor allem besorgten sie Kartoffeln. Da die Bauern kein Geld nahmen, bekamen die Betriebsräte Kompensationsware: So lieferten die Carlswerke Drahterzeugnisse, die CFK Kunstdünger, die Farbenfabriken Bayer in Leverkusen verteilten Süßstoff als Zahlungsmittel. Auch andere Unternehmen zahlten einen Teil des Lohnes in Naturalien aus. Die Kölner Verkehrsbetriebe stellten einem Kohlehändler ihre Straßenbahnen zur Verfügung, der wiederum lieferte Kohle, die dann auch gegen Lebensmittel getauscht werden konnte. Die Betriebsräte organisierten aber nicht nur Lebensmittel und Hausbrand, sie sorgten auch für eine gerechte Verteilung der De-

putate, was zu einigen Konflikten führte. Auf ihren Druck gingen die Unternehmen dazu über, Werksküchen einzurichten, damit die Belegschaften wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag erhielten. Zudem nahmen sie die Wohnungsversorgung in die Hand. Wohnungen wurden im Werk in Büros und Hallen eingerichtet, die nicht für die Produktion und Verwaltung benutzt wurden. „In einem großen technischen Büro, da wohnten 8 Familien, die ausgebombt waren und keine Unterkunft hatten.“ (Betriebsrat, zit. Rüter S. 238). Auch halfen sie Beschäftigten mit Material beim Aufbau ihrer Wohnungen und drangen auf die Sanierung verdreckter und unhygienischer Wohnverhältnisse.

Betriebsräte mussten sich auch mit der Zunahme von Warendiebstählen auseinandersetzen. In der Not stahlen viele Belegschaftsmitglieder Material und Brennstoff. Als sich 1947 die Versorgung noch weiter verschlechterte, wurden in vielen Unternehmen die Arbeitszeiten deutlich verkürzt, damit die Beschäftigten Zeit hatten, um sich selbst versorgen zu können. Aber auch dies half kaum. Es war daher nicht verwunderlich, wenn die Wut in den Betrieben wuchs und sich die Beschäftigten nicht anders zu helfen wussten, als die Arbeit niederzulegen. Damit kamen die Betriebsräte in eine schwierige Situation: Auf der einen Seite wussten sie, dass nur die Aufrechterhaltung der Produktion die notwendigen Mittel für Kompensationsgeschäfte und die Auszahlung der Löhne sichern könnte. Auf der anderen Seite aber wollten sie auch nicht, dass ihnen durch spontane Arbeitsniederlegungen die Kontrolle über die Belegschaften entglitt. Als im März 1946 die Rationen gekürzt wurden, gelang es nur mit Mühe Arbeitsniederlegungen zu verhindern. Auf der ersten Kölner Betriebsrätekonferenz appellierten die 600 Betriebsräte denn auch eindringlich an die Behörden, „dem schaffenden Volke das zu geben, was es braucht zur Erhaltung seiner Existenz“ (zit. Rüter S. 250).

Die weitere Verschlechterung der Versorgungslage und die physische und psychische Erschöpfung führten am 12. November 1946 zu ersten Arbeitsniederlegungen bei den Firmen Westwaggon und KHD. Am nächsten Tag folgten die Belegschaften weiterer Firmen. Nachdem die Betriebsräte mit den Behörden und der Militärregierung gesprochen hatten, nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. Sie vertrauten darauf, dass die Gewerkschaften sich für sie einsetzen würden. Die Militärbehörden überwachten die Lage in den Betrieben. Der Militärkommandant besuchte noch am Tage des

Streiks die Betriebe und erläuterte den Belegschaften die Ursachen der Versorgungskrise. Auch trafen sich am 13. November auf Initiative der Arbeitgeber Unternehmer, Gewerkschaften, Militär und zivile Behörden, um über Maßnahmen gegen die Ausweitung des Streiks zu beraten. Anwesende Betriebsräte, wie der Betriebsratsvorsitzende der CFK und die KHD Betriebsräte Lemaire und Wolf, betonten, dass die Streiks spontane Arbeitsniederlegungen seien, da die Brotationen nicht verteilt worden seien und die Beschäftigten ohne Brot zur Arbeit hätten kommen müssen. „Wir wissen, dass wir nicht mehr erwarten können, als was vorhanden ist. Aber wir können die Arbeiter nicht ruhig halten. Der schwarze Markt muss verschwinden. Sie horten die Lebensmittel, die die Städte benötigen. Wir sind in der Erwartung hierher gekommen, dass etwas für uns getan wird.“ (zit. Rüter S. 255).

Die Vertreter der Militärregierung äußerten Verständnis für die Haltung der Betriebsräte und erklärten, in den Arbeitsniederlegungen keine Streiks zu sehen. Aber sie mahnten die Betriebsräte auch, die Arbeiter daran zu hindern, Gewalt anzuwenden. „Wir möchten nicht gezwungen sein, zur Wiederherstellung der Ordnung Militär heranziehen zu müssen.“ (zit. Rüter S. 256). In einer Besprechung mit Oberbürgermeister Pünder am 24. März 1946 wurde Stadtkommandant White noch deutlicher. Er drohte bei Angriffen auf die Militärbehörden und Gewaltaktionen mit dem Einsatz belgischer Truppen, die im Unterschied zu den Briten härter vorgingen und darum auch mit Toten zu rechnen sei. In dieser Situation berief der Ortsausschuss eine Konferenz der Betriebsräte der Stadt und des Landkreises Köln für den 20. November 1946 ein. Auf der Konferenz wurde in Anwesenheit von Stadtkommandant White und Vertretern der Arbeitgeber eine Resolution verabschiedet, in der die Beseitigung der Zonengrenzen, die Einstellung der Demontagen, die Entlassung von unbelasteten Kriegsgefangenen, die Einfuhr von Lebensmitteln, die Bekämpfung des Schwarzhandels und eine Senkung der Preise oder eine Erhöhung der Löhne gefordert wurde.

Trotz der Aktionen der Betriebsräte und der Bemühungen der Behörden verschlechterte sich die Ernährungslage im Winter 1946/47. Im März 1947 kam es zu ausgedehnten Protestaktionen in Kölner Industriebetrieben. Vor allem bei den Beschäftigten von Westwaggon war die Streikbereitschaft hoch, da die Firma, die Eisenbahnwagen herstellte, über keine Güter für Kompensationsge-

schäfte verfügte. Die Arbeitsniederlegungen begannen am 24. und dauerten bis zum 27. März. An diesem Tag zogen 5.000 Metallarbeiter aus dem rechtsrheinischen Köln vor das provisorische Rathaus. Die Rheinische Zeitung berichtete: „Der Hunger und die Kritik an verschiedenen höheren Verwaltungsstellen waren es, die die Schaffenden zu diesem Schritt veranlassten. Immer wieder wurden Rufe laut: ‚Wir haben Hunger; Beendet das Schiebertum und den Schwarzen Markt; Fort mit Schlange Schöningen (Ernährungskommissar der Bizone, W.U.); Die Bauern sollen weniger für sich behalten.‘ In zerrissenen Schuhen und mit hohlen Wangen standen sie da, die Männer, die um fast ein Bettelgeld mit hungrigen Mägen tagtäglich in den gekalkten Werkshallen eine harte Arbeit tun. Ihr Kräfte und ihre Geduld sind am Ende. Sie verlangten das Stadtoberhaupt zu sehen, um öffentlich vor ihm und der Welt zu protestieren.“ (zit. Rossmann S. 430).

Oberbürgermeister Pünder und Bürgermeister Görlinger sprachen zu den Demonstranten und versprachen, sich mit aller Macht für eine bessere Ernährung einzusetzen. Nach der Rede des Betriebsratsvorsitzenden von KHD, Fink, zogen sie wieder friedlich in die Betriebe zurück. Am 28. März streikten die Eisenbahner in Köln. Darum wies der Stadtkommandant auf einer Besprechung mit den Gewerkschaften am 3. April eindringlich und auf höheren Befehl darauf hin, dass nur durch eine Steigerung der Produktion die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden werden könnten und es in der Hand der Deutschen läge, die Lebensmittelversorgung zu sichern. Dieser Linie konnten die Betriebsräte und Gewerkschaftsführung zustimmen. Sie verbanden ihre Forderung an die Behörden, Lebensmittel und Kohle in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen darum auch mit der Mahnung an die Belegschaften, „die Wirtschaft vor weiteren Störungen“ zu bewahren (zit. Rüter S. 265). Die Versorgungslage verbesserte sich nicht. Sie sank auf 737 Kcal pro Tag. Viele Arbeiter legten schlicht aus Erschöpfung und Hunger die Arbeit nieder. Dennoch gelang es 1947 den Betriebsräten und Gewerkschaften, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Die Lage war so dramatisch, dass der Ortsausschuss in einer Entschließung vom 9. Mai 1947 davor warnte, dass es nicht länger möglich sei, „die Arbeiterschaft besonnen und ruhig bei der Arbeit zu halten. Wenn dies aber nicht gelingt, dann bricht alles zusammen. Chaos und Massensterben würden einsetzen.“ (zit. Rüter S.

266). Paul Weh schickte als Vorsitzender der Kölner Gewerkschaften ein dringendes Telegramm an die Bizonenverwaltung in Stuttgart und forderte das Amt für Ernährung auf, umgehend für zusätzliche Lebensmittel zu sorgen. Dennoch ließ der Druck der Belegschaften nicht nach. Immer wieder kam es auf Grund fehlender Rationen zu Arbeitsniederlegungen und heftigen Diskussionen. Vom 16. bis 22. Juni wurde auf Grund gekürzter Brotrationen in mehreren Betrieben der chemischen Industrie und der Metallindustrie erneut die Arbeit niedergelegt.

Entgegen dem Wunsch des Oberbürgermeisters und der Militärkommandantur demonstrierten am 20. Juni 1947 20.000 bis 30.000 Menschen. Die Streiks dehnten sich auch zeitlich aus, da viele Beschäftigte die Tage nutzten, um sich auszuruhen und Lebensmittel zu besorgen. Es sollte jedoch noch schlimmer kommen. Nach dem Dürresommer 1947 waren die Vorräte im Winter 1947/48 aufgebraucht. Aus Erschöpfung und Apathie wuchsen Wut und Aktionsbereitschaft. Am 19. Januar 1948 traten die Straßenbahner zunächst im linksrheinischen, dann im rechtsrheinischen Köln in den Ausstand.

Da für den 20. Januar der DGB Köln eine Besprechung aller Betriebsräte, Betriebsobleute und Ortsverwaltungsmitglieder einberufen hatte, nahmen viele der Streikenden an der Versammlung teil. Entgegen der Mahnung von Paul Weh, nach der Zusage bestimmter Versorgungslieferungen erst einmal abzuwarten, bevor weitere Aktionen durchgeführt würden, beschloss die Versammlung nach heftigen Diskussionen, am 21. Januar in allen Kölner Betrieben – außer in den lebenswichtigen Versorgungsbetrieben - die Arbeit ruhen zu lassen. Am 21. Januar 1948 streikten in Köln 120.000 Menschen gegen die schlechte Versorgungslage. Diszipliniert, aber mit großer Entschlossenheit, kämpften die Kölner Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam für die Sicherung ihrer Existenz und die ihrer Familien. Die Militärregierung hatte keinen Anlass einzuschreiten. Maßregelungen der Stadtregierung gegen Streikende wurden von der ÖTV verhindert.

Der Kampf, den die Kölner Betriebsräte und die Gewerkschaften gegen den Hunger führten, wurde aufgelöst durch die Not und die Verzweiflung der Menschen. Die Gewerkschaften stellten sich an die Spitze, um diese Bewegung zu kanalisieren und auf konkrete Forderungen zu lenken, die sie dann gegenüber den Militär- und zivilen Behörden entschlossen vortrugen. Keine Rolle spielte dabei,

welcher Partei die Betriebsräte und Gewerkschafter angehörten. Sowohl Mitglieder der SPD wie der KPD organisierten die Arbeitsniederlegungen und führten dann die Belegschaften wieder an die Arbeit. Forderungen, die über die nach der Verbesserung der Versorgungslage hinausgingen, sollten lediglich für geordnete wirtschaftliche Verhältnisse sorgen.

Mit der Währungsreform am 21. Juni 1948 verbesserte sich die Versorgungslage schlagartig. Waren, die jahrelang nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich waren, lagen nun in den Schaufenstern. Zwar erhielt jeder Deutsche die gleiche Summe Bargeld, 40,- und später 20,- DM, aber gewonnen hatten die Besitzer von Sachwerten und die, die Versorgungsgüter gehortet hatten. Verlierer waren die, deren Löhne nun immer weniger ausreichten, um an der neuen Konsumwelle teilzuhaben. Die „Magenfrage“ (Rüther) verschwand nicht von der Tagesordnung der Kölner Gewerkschaften.

HEADQUARTERS MILITARY GOVERNMENT
REGIERUNGSBEZIRK COLOGNE

I acknowledge having received and understood instructions given to me as representative of the TRADE UNIONS to the effect that a Holiday tramway service was to be running on Wednesday, May 1st, 1946.

COLOGNE
30 April 1946

Ich bestätige in meiner Eigenschaft als Vertreter der Einheits-Gewerkschaft Anweisungen erhalten und verstanden zu haben, dass am 1. Mai 1946 ein Feiertags-Dienst der Strassenbahn stattzufinden hat.

Köln
30. April 1946
17.35 Mr.

Handwritten signature: ...
Handwritten text: Unterschrift von Helmut ... als Vertreter der Einheitsgewerkschaft

Garantierklärung der Kölner ÖTV und des Kölner DGB über den Dienst am 1. Mai 1946

Entnazifizierung und politischer Streit

Für diejenigen, die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrt waren und den Terror der Nazidiktatur schmerzlich am eigenen Leib erlebt hatten, aber auch für die, die sich nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung nur mühsam hatten durchschlagen können, war es selbstverständlich, dass nun die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, der SA, der SS und des NS-Terrorapparates zur Rechenschaft gezogen und dort, wo sie noch leitende Stellungen im Staat und in der Wirtschaft inne hatten, entlassen würden.

In der Versammlung von 39 Vertrauensleuten der früheren Arbeiterbewegung aus dem Rechtsrheinischen am 29. April 1945 wurde eine Resolution verfasst, in der die Verfolgten und Widerstandskämpfer eine umfassende Säuberung der Betriebe und Verwaltungen vor allem auch der Polizei forderten: „Völlige Entnazifizierung von Staat, Stadt, Gemeinde, der Industrie und Wirtschaft, der Betriebe, des Gewerbes und des Handels a) als Wiedergutmachung und b) als Grundlage für den Wiederaufbau.“ Aber es ging ihnen nicht darum, sich zu rächen. Sie wollten Gerechtigkeit. „Wir werden nicht weich werden und wir werden wägen zwischen Schuld und Zwang. Wir werden nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen.“ (zit. nach Rüther S. 293 f.). Aber sie sollten bald enttäuscht werden. Den Sozialdemokraten und Kommunisten wurde ein angemessener Platz beim Neuaufbau der Stadtverwaltung verweigert. Oberbürgermeister Konrad Adenauer setzte konsequent frühere Angehörige der katholischen Zentrumspartei in leitende Positionen der Stadtverwaltung ein.

Lediglich Willi Bause wurde stellvertretender Direktor des Kölner Arbeitsamtes und konnte den Widerstandskämpfer und Sozialdemokraten Willi Schirrmacher zum Leiter des Arbeitsamtsbezirks Köln Mülheim einsetzen. Schirrmacher und sein Mitkämpfer Hein Hamacher zogen die ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu Aufräumarbeiten heran, mussten jedoch schnell feststellen, dass sich die ehemaligen Nazis durch Nichtbefolgung der Gestellungsbefehle, Beibringen von Arbeitsunfähigkeitbescheinigungen und Unentbehrlichkeitsbescheinigungen aus der Wirtschaft und der Industrie um

ihre Arbeitspflicht herumdrückten. Schirmmacher beklagte: „Die gegebenen Zustände werden gefördert durch eine allzu loyale Behandlung der Nazis von Seiten der Stadtverwaltung der Stadt Köln.“ (ebenda S. 302). Aber nicht nur die Stadtverwaltung, auch die amerikanische Militärregierung sah keine Notwendigkeit, ehemalige Nazis zu Wiedergutmachungsarbeiten heranzuziehen. Kurz vor ihrem Abzug ordnete sie an: „Nazi-Parteimitgliedschaft wird nicht mehr als hauptsächlicher Grund zum Einsatz irgendwelcher Personen zu Kanalisations- und Straßenarbeiten angesehen.“ (zit. Rüter S. 305).

Auch die Kölner Polizei ging milde mit früheren Nazischergen um und stellte gar einen ehemaligen HJ-Führer als Praktikanten ein. Der neue Polizeipräsident Winkler war zwar ein Antifaschist, im Polizeiapparat arbeiteten jedoch die alten Kräfte weiter, sofern sie sich nicht völlig kompromittiert hatten. Die britische Besatzungsmacht versuchte, mit einer Reihe von Direktiven ein geordnetes Entnazifizierungsverfahren in Gang zu setzen. Durch ein Spruchkammerverfahren sollte eine Einstufung in Täter und Mitläufer erfolgen. Diese Spruchkammern wurden mit Deutschen besetzt. Dabei behielten sich die Militärbehörden die letzte Entscheidung vor. Zudem war eine Einstufung nicht mit Sanktionen verbunden. Diese musste durch ein ordentliches Gerichtsverfahren erfolgen. Jedoch konnten die Ausschüsse empfehlen, gewisse Nazis aus öffentlichen Ämtern oder Funktionen in der Wirtschaft zu entfernen. Dabei legte die Militärregierung Wert auf eine Beteiligung der Betriebsräte und Gewerkschaften an der Entnazifizierung. Sie begrüßte die „Mitarbeit solcher Körperschaften sowie von Arbeitern, die verhindern wollen, dass beibehaltene Kräfte ihre Stellung dazu auszunutzen, Gebräuche, die aus der Ideenwelt der Nazis stammen, wieder einzuführen oder Nazi-propaganda zu betreiben.“ (zit. Rüter S. 335). Sie sollten den Arbeitgebern gemeldet und falls erforderlich auch den Besatzungsoffizieren angezeigt werden.

Die Kölner Gewerkschaften sahen es als ihre Pflicht an, an der Entnazifizierung mitzuwirken. Auf der ersten Versammlung der Kölner Betriebsräte am 7. April 1946 forderte Paul Weh: „Alle Veräter an Deutschlands Zukunft müssen erfasst werden, denn der Geist Hitlers lebt immer noch.“ Konsequenterweise sollten ehemalige Nazis vom Aufbau der Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Darum wurden in den Anfangsmonaten Aufnahmeanträge von den mit der Gründung beauftragten Kolleginnen und Kollegen da-

hin überprüft, ob es sich dabei um ehemalige Nazis handelte und ob sie sich schuldig gemacht hatten. Auch in den Betrieben versuchten die Betriebsräte die Einstellung früherer Nazis zu verhindern, vor allem aber konzentrierten sie sich auf die Entfernung solcher Personen aus den Betriebsleitungen, die durch ihre Tätigkeit für den Nationalsozialismus kompromittiert hatten. „Kein früheres Parteimitglied wurde angestellt ohne die besondere Einwilligung des Arbeitsausschusses. Er könne mit gutem Gewissen sagen, dass im Carlswerk keine Nazis beschäftigt seien, d.h. also keine früheren Parteigenossen zur Arbeit zugelassen wurden, die in irgendeiner Form belastet sind.“ (Fink, Carlswerk, zit. Rüther S. 86).

In einem Bericht der Betriebsdirektion von KHD heißt es: „Der Betriebsausschuss nahm starken Einfluss auf die Wiedereinstellung der Arbeiter und Angestellten, so dass alle diejenigen, welche aktiv der NSDAP und ihren Gliederungen angehört hatten, abgelehnt wurden. Dies wirkte sich vor allem bei den Führungskräften sehr nachteilig für das Werk aus.“ (Rossmann S. 381). Dabei unterschieden die Betriebsräte durchaus zwischen der Mitgliedschaft in der NSDAP und einer aktiven Täterschaft oder Mitverantwortung für die Verbrechen. Diese Unterscheidung wurde vor allem dann wichtig, wenn es sich dabei um Fachkräfte handelte, die für die Arbeit des Unternehmens von Bedeutung waren. So sagte ein KPD-Mitglied in einem Entnazifizierungsausschuss, dass er einen Direktor der Eismaschinen Fabrik Linde entnazifiziert habe, da er nach sechs Wochen die zerstörten Kältemaschinen für Fleisch in Gang gesetzt habe.

Kritischer wurde es für die Betriebsräte, wenn die Unternehmensleitungen mit der Begründung der Unentbehrlichkeit eine Fachkraft, die sich in der NS-Zeit schuldig gemacht hatte, einstellen wollten. Sie mussten dann in einem offenen Konflikt, der vor der Belegschaft ausgetragen wurde, begründen, warum trotz der Notwendigkeit der Produktion eine solche Person nicht eingestellt werden konnte. Wenn ihnen das dann trotzdem gelang, so mussten sie jedoch einige Zeit später feststellen, dass die Unternehmen still und heimlich solche Personen wieder einstellten. Als Hindernis für eine konsequente Entnazifizierung erwiesen sich auch die mangelnden Mitbestimmungsrechte. Während die Betriebsräte bei der Einstellung von Arbeitern und einfachen Angestellten mitbestimmen konnten, wurde ihnen dies bei den leitenden Angestellten konsequent verweigert. Eine andere Möglichkeit, die Einstellung

von belasteten Nazis zu verhindern, gab es nicht. Denn die Militärregierung hatte einen Streik gegen die Entlastung eines Nazis ausdrücklich mit der Begründung für illegal erklärt, ein solcher Streik richte sich gegen eine Anordnung der Militärregierung und damit gegen sie selbst.

Es war nicht so, dass die Militärregierung kein Interesse daran gehabt hätte, ehemalige Nazis aus leitenden Funktionen fern zu halten. Aber wie Werner Hansen beklagte: „sie (die Opfer des Naziregimes W.U.) verstehen nicht, dass der Personenkreis der Nazis und der Kriegsverbrecher so eng gezogen werden soll, dass selbst Gestapobeamte nach zweitägiger Haft wieder entlassen, Ortsgruppenleiter der NSDAP frei herumlaufen und vor allem nach wie vor in leitenden Positionen der Wirtschaft und in vielen Bezirken auch der öffentlichen Verwaltung herumsitzen.“ Die Militärregierung ließ es zudem zu, dass sich die Wirtschaft weitgehend selbst entnazifizieren konnte und nahm Rücksicht auf Klagen der IHK, dass eine zu weit gehende Entnazifizierung der Unternehmen der Wirtschaft schade. Ansonsten hielt sie sich weitgehend aus Konflikten in den Betrieben heraus.

Die Entnazifizierung über die Spruchkammern gestaltete sich in den Augen der gewerkschaftlichen Aktivisten und der ehemaligen Widerstandskämpfer ebenfalls enttäuschend. Verbittert mussten die Drucker feststellen, dass selbst aktive Unterstützer des NS-Regimes, wie die Verleger August und Kurt Neven Du Mont, als Mitläufer eingestuft wurden. Zwar war, wie Christian Fette, Vorsitzender des Industrieverbandes Druck und Graphik der Nordrheinprovinz und Vorsitzender des Kölner Entnazifizierungshauptausschusses festgestellt hatte, die Zusammenarbeit mit der Militärregierung „im allgemeinen gut“. Aber er befürchtete, dass die Entnazifizierung beim „augenblicklichen Tempo“ noch 15 bis 20 Jahre dauern würde. Fettes Aussage war Bestandteil eines Berichtes des DGB-Ortsausschusses Köln an das Zonensekretariat vom 3.12.1946 über den Stand der Entnazifizierung in den Kölner Industriebranchen.

Die ÖTV berichtete, dass die Stadtverwaltung die Reinigung durchgeführt habe, auf Anordnung der Militärbehörden jedoch belastete Personen wieder eingestellt worden seien. „Das ergibt unerquickliche Situationen, die in einem Falle sogar zur Arbeitsniederlegung geführt haben.“ (zit. Rüther S. 340). Paul Hertwig, der Vorsitzende der Kölner Bezirksleitung des Industrieverbandes Chemie-Papier-

Keramik, beklagte, dass sich in 80% der Kölner Unternehmen noch nichts getan habe. „PGs und Militaristen haben noch die Leitung der Werke in den Händen.“ (ebenda). Ausnahmen waren jedoch die für die Region bedeutenden Unternehmen: Das BAYER Werk der IG Farben in Leverkusen, Glanzstoff Courtaulds, die CFK und die Stickstofffabrik in Knappsack. Deren Leitungen waren so belastet (Bayer durch das Werk im KZ Auschwitz), dass sie nicht mehr haltbar waren oder starke Belegschaften hatten ihre Säuberung erfolgreich durchgesetzt.

In einem Resümee aller Berichte aus der britischen Zone stellte Werner Hansen fest: Es sei durch die energische Arbeit der Ausschüsse gelungen, auch leitende Stellen von ehemaligen Nationalsozialisten zu befreien, aber es sei deutlich geworden, „dass das gewaltige Unrecht und die Verantwortung für das 3. Reich nicht mit Paragraphen, nicht durch Ausschüsse und nicht durch die Erfassung der Mitschuld in Fragebogen bereinigt werden kann.“

„Die Zahl der Schuldigen, die auch heute noch in verantwortlichen Stellen sitzen oder die gesellschaftliche und sonstige Querverbindungen zu einflussreichen Kreisen in Industrie und Verwaltung und auch zur Mil.Regierung haben, ist ungeheuer groß ... Es hat leider in Deutschland beim Zusammenbruch keine spontane Aktion gegeben, die eine zwar grobe aber einzig wirksame Abrechnung mit den verantwortlichen Kräften des 3. Reiches mit sich gebracht hätte. ... Es entsteht immer mehr das Gefühl, dass man gegen eine Mauer rennt. Daraus resultiert auch ein gewisses Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das sich mehr und mehr bei den beteiligten Kreisen durchzusetzen scheint.“ (zit. Rüter S. 342).

Öffentlicher Protest wurde jedoch dann noch einmal laut, wenn Schuldige und Mitschuldige des Regimes zu unverhältnismäßig milden Strafen verurteilt wurden. Als die Bielefelder Spruchkammer Bankier Freiherr von Schröder, Inhaber des Bankhauses Schröder, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Köln, Leiter der Wirtschaftsgruppe Banken und SS-Brigadeführer, in dessen Haus am Stadtwaldgürtel Hitler und von Papen die Machtübernahme der NSDAP 1933 verabredet hatten, nur zu einer Geldstrafe von 1.500,- RM und unter Anrechnung seiner Internierungshaft zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, legten nicht nur in Bielefeld 3.000 Arbeiter die Arbeit nieder. Auch der DGB-Ortsausschuss erklärte: „Die Taten von Schröders stellen eine derartige Unterstützung des Nationalsozialismus, auch im Hinblick auf die Zer-

schlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dar, dass die Kölner Arbeitnehmerschaft sich zu allerschärfstem Protest veranlasst sieht.“ (zit. Rossmann S. 436). Am 26. April 1948 folgten tausende Arbeiter dem Aufruf des DGB zur Arbeitsniederlegung gegen das milde Urteil der Bielefelder Spruchkammer gegen den früheren stellvertretenden Gauleiter der NSDAP von Köln, Richard Schaller. Schaller hatte maßgeblichen Anteil am Terror gegen Gewerkschafter und Sozialdemokraten wie dem Reichstagsabgeordneten Wilhelm Sollmann, der nur knapp dem Tode entgangen war. Die Strafe von 4 Jahren und drei Monaten Gefängnis wurde auf einer Protestkundgebung mit Empörung aufgenommen und auch der CDU-Oberbürgermeister von Köln, Dr. Schwering, äußerte „sein Unverständnis“. (zit. Rossmann S. 445).

Die milden Urteile gegen führende Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer und die wachsende Bereitschaft, ehemalige Nazis in Wirtschaft und Verwaltung wieder zu integrieren oder sie unbehelligt zu lassen, war auch mit der wachsenden Konfrontation zwischen den ehemaligen Siegermächten zu erklären. Die Gegensätze zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion spitzten sich immer mehr zu. Der Kalte Krieg brach aus. Im Osten herrschte der Diktator Stalin und zwang den befreiten Ländern und der SBZ seinen Willen auf, im Westen wuchs der Antikommunismus.

Der beginnende Kalte Krieg wirkte auch in die Kölner Gewerkschaften und in die Betriebe hinein. Schon bei der Gründung der Einheitsgewerkschaft 1945 waren Vorbehalte zwischen Christ- und Sozialdemokraten auf der einen, Kommunisten auf der anderen Seite deutlich geworden. „Wenn ich von einer gewissen Auflockerung spreche, so muss ich jedoch gleich einschränkend sagen, dass ich nicht glaube, dass bei diesen Menschen (den Kommunisten W.U.) eine wirkliche Läuterung ihrer Gedanken und Überzeugungen ein wirklicher Gesinnungswandel stattgefunden hat. Es sind nur wenige, die ihre politische Vergangenheit wirklich kritisch unter die Lupe nehmen wollen.“ (Werner Hansen, zit. Rüter S. 492). Jedoch wirkten sich diese Vorbehalte weder auf die Arbeit der Betriebsräte noch Anfangs in den Gewerkschaften aus. „Wir haben auch jeden akzeptiert, ob er jetzt Kommunist war oder was er war. Ich bin ein Gegner vom Kommunismus. Nach 1945 war die Zusammenarbeit aber gut. Weil eben alle an einem Strang zogen; sie hatten alle nichts.“ (Paul Bresgens, zit. Rüter S. 491). Erste Konflikte wurden deutlich, als im April 1946 in der SBZ unter dem

Druck der Besatzungsmacht SPD und KPD zur SED vereinigt wurden. Zwar gab es in den Ehrenfelder Klein- und Mittelbetrieben eine Initiative, auch in Köln die Arbeiterparteien zu vereinen, jedoch blieb sie ohne Resonanz.

Dafür nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zu: Besonders die Berichte der heimkehrenden Kriegsgefangenen aus Russland, die Berichte von Flüchtlingen über Übergriffe der Roten Armee ließ die Sympathie für die Sowjetunion schnell auf den Nullpunkt sinken. Die Vertriebenen und Kriegsgefangenen brachten eine Welle des Hasses mit in die Betriebe und ließen schnell Emotionen und, wie ein ehemaliger Betriebsrat zugab, die in der Zeit des Dritten Reiches geschürten antikommunistischen Reflexe wieder wach werden. CDU und SPD nutzten dies, um durch entsprechende Berichtserstattung und Propaganda den Kommunisten die Mitverantwortung dafür in die Schuhe zu schieben. „Ja, es war damals, da kamen all die Leute zurück aus der Gefangenschaft und dieser Kalte Krieg hatte begonnen und der Antikommunismus gewann immer mehr die Menge der Menschen.“ (ehem. Ford Betriebsrat, zit. Rüter S. 501).

Die scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen hinterließen ihre Spuren auch in den Gewerkschaften. Bei der Kundgebung der Kölner Betriebsräte zur Ernährungssituation kritisierten Sprecher die „parteipolitischen Betrachtungen“ Paul Wehs und ein Redner wünschte, „dass sich Weh statt gegen links mehr gegen rechts gewandt hätte.“ (Rheinische Zeitung, zit. Rossmann S. 420). In der Vertreterversammlung des Industrieverbandes Metall am 22. März 1947 kam es bei der Wahl des 2. Bevollmächtigten zu einer Kampfkandidatur des der KPD angehörenden Wolf gegen den von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Kollegen Monschau, die dieser mit 94 zu 57 Stimmen gewann. Wolf war allerdings im Juni 1946 als Gewerkschaftsangestellter bestätigt worden, nachdem er seine Funktionen im Bezirksvorstand der KPD niedergelegt hatte. Nach den Erfolgen der KPD bei den ersten Landtagswahlen 1947 nahm die antikommunistische Stimmungsmache in der Presse zu und auch die Militärregierung nahm Stellung gegen den Einfluss der KP in den Betrieben.

Bei den ersten regulären Betriebsratswahlen unterstützen in der Regel die Sozialdemokraten ihre jeweiligen Kollegen und auch die Kommunisten konnten sich auf die besondere Unterstützung durch ihre Parteifreunde verlassen. Aber dies führte zu keinen Konflikten.

In den Betrieben, in denen vor 1933 die Sozialdemokraten führend waren – wie bei KHD - wurden fast nur Sozialdemokraten gewählt (14 von 15). In den Betrieben wie dem Carlswerk, wo die Kommunisten stark waren, dominierten weiter die KP-Betriebsräte.

Die KPD versuchte, mit Betriebsparteigruppen die Arbeit in den Betrieben zu beeinflussen. Dabei stellte die KPD-Bezirksleitung Mittelrhein jedoch ausdrücklich fest, „dass es sich bei diesen Arbeiten um keine irgendwie geartete Fraktionsarbeit handelt, sondern dass es allein darum geht, die Einheitsgewerkschaft mit allen Mitteln in ihrem Aufbau und ihrem Wirken zu fördern.“ (zit. Rüter S. 504). Die Betriebsgruppen existierten in einigen größeren und mittleren Betrieben. Einige veröffentlichten Betriebszeitungen und versuchten Auseinandersetzungen in den Betrieben zu politisieren. Ihre Aktivitäten ließen jedoch mit dem Schwinden des Einflusses der KPD in der Gesellschaft nach.

Die SPD organisierte ebenfalls betriebliche Aktivitäten. Jedoch lag der Schwerpunkt der Arbeit der SPD auf der kommunalen Ebene und sie organisierte ihre Mitglieder in den Ortsvereinen im Stadtteil. Wenn es zur Gründung von Betriebsgruppen kam, dann nur zur Unterstützung sozialdemokratischer Betriebsräte.

Wesentlich systematischer baute die CDU ihren Einfluss in den Kölner Betrieben aus. In den von Johannes Albers formulierten Richtlinien für die Organisation und die Tätigkeit der Sozialausschüsse heißt es: „Die christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten innerhalb eines Betriebes müssen eine geschlossene und zusammenhaltende Einheit bilden.“ (zit. Rüter S. 524). Als sich am 11. Juli 1946 die Sozialausschüsse konstituierten, wurde der Aufbau einer Betriebsorganisation in Angriff genommen. In 28 Betrieben existierten Vertrauensleute der CDU. Dabei konzentrierten sie sich auf bestimmte Unternehmen wie Ford, Glanzstoff Courtaulds und KHD, sowie die Kölner Stadtverwaltung und das Arbeitsamt. Die CDU kandidierte bei den Betriebsratswahlen im Arbeitsamt 1947 mit einer eigenen Liste und auch bei den Betriebsratswahlen bei der AOK 1948 gab es neben der Liste der ÖTV eine CDU-Liste. Als die katholischen Bischöfe von Köln, Aachen und Münster in einer Oberhirtlichen Mahnung am 6. Februar 1947 jedoch dazu aufriefen, bei den Betriebsratswahlen nur die christlichen Kandidaten zu unterstützen, verwahrten sich in einer Erklärung 150 hauptamtliche Sekretäre der ÖTV, die früher den christlichen Gewerkschaften angehört hatten, gegen die Einfluss-

nahme der Bischöfe und die Zersplitterung der Einheitsgewerkschaft. Und als am 25. März 1947 Konrad Adenauer in einer Versammlung den Gewerkschaften in der Frage der Sozialisierung parteipolitische Positionen zu Gunsten der SPD vorgeworfen hatte, wandte sich der Ortsausschuss des DGB Köln in einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung gegen die Spaltungsabsichten Adenauers und forderten ihn auf: „Hände weg von der geeinten Arbeiterschaft.“ (zit. Rossmann S. 425).

Bei den Betriebsratswahlen waren es vor allem die Sozialausschüsse, die mit Flugblättern sehr viel aggressiver gegen den Einfluss der KPD vorgingen, als die Sozialdemokraten. Nach den Betriebsratswahlen 1947/48 stellten die Sozialdemokraten etwa 40–45% der Betriebsräte, die CDU 10–15% und war damit stärker als die KPD. (Rüther S. 59). In den folgenden Betriebsratswahlen verdrängte die CDU mit Flugblattaktionen und öffentlicher Polemik die KPD aus vielen Betriebsräten. 1949 verlor die KPD ihre Mehrheit im Betriebsrat der Carlswerke.

Angesichts der immer heftigeren parteipolitischen Polemik mahnte der DGB-Vorsitzende Peter Michels 1950 auf einer Sitzung des Ortsausschusses mit den Vertretern der SPD, KPD und CDU sowie der Presse die Parteien, die parteipolitische Neutralität der Betriebsratswahlen zu beachten. Allerdings spielten die parteipolitischen Orientierungen nur dort eine Rolle, wo noch die Traditionen der Richtungsgewerkschaften Spuren hinterlassen hatten. Bei den Kölner Fordwerken, die keine gefestigte gewerkschaftliche Tradition kannten, gaben Stimmungen den Ausschlag: So berichtete Paul Weh in einem Brief an Hans Böckler vom 13. Dezember 1948: „Die Fordwerke sind nach wie vor unser Schmerzenskind. Von den ca. 4000 Arbeitern sind noch keine 50% organisiert. Im Jahre 1946 erhielt bei den Betriebsratswahlen die SPD eine Mehrheit, 1947 die KPD und 1948 die CDU. Diese Zahlen beweisen schon wie unbeständig die Belegschaft gewerkschaftlich und auch politisch ist.“

Die parteipolitische Polemik führte aber auch zu einem Anstieg der parteilosen Betriebsräte, da viele Belegschaftsmitglieder mit einer solchen Auseinandersetzung nichts zu tun haben wollten. Diese Auseinandersetzungen erreichten jedoch nur eine politisch aktive Minderheit in den Betrieben. Die Mehrheit war viel zu sehr mit der Bewältigung des von Hunger und Not belasteten Alltags interessiert.

Für Sozialisierung und Mitbestimmung

Die Niederlage der Nazidiktatur war in den Augen der meisten Deutschen auch eine Niederlage des Kapitalismus. Deutlich stand die enge Kumpanei führender Wirtschaftsvertreter mit dem Naziregime vor ihren Augen.

Viele Unternehmer, Fabrikdirektoren und leitende Angestellte waren eifrige Nazis und vor allem: Durch Rüstungsboom und Kriegswirtschaft wurden enorme Profite gemacht, während die deutschen Arbeiter mehr oder weniger gut versorgt, bis an den Rand der Erschöpfung arbeiten mussten und rechtlos den Arbeitgebern gegenüberstanden. Die ganze Unmenschlichkeit des Regimes erlebten sie tagtäglich beim Anblick der Zwangsarbeiter, die brutal ausgebeutet und beim geringsten Verstoß gegen willkürliche Regelungen gequält und ermordet wurden. Aber nicht nur in den Augen vieler Deutscher, auch im Urteil der Alliierten, trug die deutsche Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, trugen Kartelle und Monopole wie der IG Farbenkonzern, eine wesentliche Mitverantwortung für das verbrecherische Naziregime. So schien 1945 die Neuordnung der deutschen Wirtschaft auf der Tagesordnung zu stehen. Mit Genehmigung aber auch mit Hilfe der Alliierten wurde die Produktion wieder in Gang gebracht. Der Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie und die IG Farben wurden unter alliierte Kontrolle gestellt. Vor allem die Eisen- und Stahlindustrie – der Kern der Rüstungsindustrie - sollten entflochten und demontiert werden.

Die Forderungen der neu gegründeten Einheitsgewerkschaft zur Neuordnung der Wirtschaft wurden für Köln und den späteren DGB der britischen Zone im Wesentlichen von Viktor Agartz formuliert. Er war ein enger Weggefährte und Berater Hans Böcklers, dann Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft der britischen Zone. Auf Einladung der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln und der Gewerkschaften der Nordrheinprovinz referierte Agartz am 26. Juli 1946 im Auditorium der Kölner Universität über den Neubau der Wirtschaft. (Dokument bei Rossmann S. 415). Agartz sah in der vom Zentralamt gelenkten Wirtschaft den besten Weg zum Wiederaufbau. Produktion, Export und Geldwesen sollten von einer in deutscher Hand liegenden Exekutive ge-

plant werden. Dabei sollten Praxis und wissenschaftliche Forschung Hand in Hand gehen. Neben der Produktions- und Strukturplanung sollte eine neue Marktordnung mit einer neuen Währung und dem Abbau der enormen, durch die Rüstungspolitik des 3. Reichs verursachten Staatsverschuldung, einhergehen. Voraussetzung dieser demokratischen Wirtschaftspolitik sollte die schnelle Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Öffnung zu den Weltmärkten sein.

Grundlage der wirtschaftlichen Neuordnung sei jedoch nicht der Kapitalismus, sondern die Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl. Darum sollten auf allen Ebenen die Gewerkschaften mitbestimmen und Mitverantwortung übernehmen. Politisch orientierte Gewerkschaften und Fachverbände auf der einen Seite und paritätisch zusammengesetzte Industrie- und Handelskammern auf der anderen Seite sollten die Wirtschaft und die einzelnen Wirtschaftszweige lenken.



Richtfest des Kölner
Gewerkschaftshauses

Auch die Kölner Gewerkschaften forderten die Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, die Wiederaufbau durch Wirtschaftslenkung und die überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung. Bereits beim ersten Treffen der Vertrauensleute der früheren Arbeiterbewegung am 29. April 1945 forderten sie die Sozialisierung der dafür reifen Industrie und Wirtschaft und eine genossenschaftliche Organisation des Handwerks, der Versorgung und Ernährung und der Wohnungswirtschaft. (siehe Bilz S. 52).

Auf der Gründungskonferenz der Kölner Einheitsgewerkschaft forderte Böckler die Mitbestimmungsforderung für alle „amtlichen und halbamtlichen Körperschaften, die sich mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen z.B. Industrie- und Handelskammern, Bezirkswirtschaftskammern, Ortskrankenkassen und Sozialversicherungen“ (Protokoll der Gründung der Einheitsgewerkschaft, zit. Roßmann S. 376). Auf der ersten Kölner Betriebsräteversammlung am 7. April 1946 rief der Vorsitzende der Kölner Gewerkschaften, Paul Weh den Versammelten zu: „Ihr sollt schaffen ein neues demokratisches Deutschland mit einer geregelten Planwirtschaft. Keine Profitwirtschaft, sondern eine Verbrauchswirtschaft, die sich aufbaut auf dem Bedarf des Volkes.“ (zit. Bilz S. 53). Es sollte anders kommen.

Mit der Verkündung des Planes zum Wiederaufbau Europas durch den amerikanischen Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947 entschieden sich die USA jedoch, die von ihnen und ihren britischen und französischen Alliierten besetzten Zonen in das marktwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftssystem des Westens einzugliedern und durch großzügige Hilfe und Kredite zu stabilisieren. Da die Sowjetunion nicht bereit war, die von ihr besetzten Länder für den Marshall Plan zu öffnen, drohten die wirtschaftliche und die politische Spaltung. Vor allem die SPD, aber auch die Gewerkschaften, wollten hingegen auf dem dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus die Wirtschaft demokratisieren und damit die Einheit Deutschlands bewahren.

Am 24. März 1948 organisierte der DGB-Ortsausschuss eine Vollversammlung der gewerkschaftlichen Betriebsobleute, um seinen Forderungen zur demokratischen Neuordnung der Wirtschaft Nachdruck zu verleihen. Klar formulierte der Ortsausschussvorsitzende Paul Weh die Alternativen: „Wenn jetzt angesichts der als Folge des Krieges, der Not und des Mangels an allen Gebrauchsgütern

notwendigen Zwangsbewirtschaftung von kapitalistischen Wirtschaftsführern und ihnen nahe stehenden Politikern der Ruf nach einer freien liberalistischen Wirtschaft erhoben wird, dann müssen sich die Gewerkschaften mit allen Mitteln dagegen wehren ... Nicht zurück zur freien Marktwirtschaft, sondern Überführung der Grundstoffproduktion in Allgemeinbesitz und Planung der gesamten Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft ist das Gebot der Stunde.“

Aber nicht Planung und Sozialisierung, sondern die Restauration des Kapitalismus wurde die Grundlage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Mit der Währungsreform am 20. Juni 1948 wurde nicht nur die Währung umgestellt, sondern eine „weitreichende ordnungspolitische Grundsatzentscheidung getroffen“ (Lauschke S. 295). „Dreh und Angelpunkt aller Maßnahmen der Wirtschaftsverwaltung wurde die Förderung der Kapitalbildung ... über einen gewaltigen Umverteilungsprozess zu Gunsten der Unternehmen und zu Lasten der Arbeitnehmer.“ (ebenda). Die Geschäfte füllten sich. Es gab alles zu kaufen, nur fehlte jetzt den Beschäftigten das Geld. Rasch wandelte sich ihre Einstellung zur Arbeit. Musste vor der Währungsreform viel Zeit in die Organisation des Nötigsten verwandt werden, so musste nun so viel wie möglich gearbeitet werden, um an das neue Geld heranzukommen.

In den Kölner Unternehmen änderte sich schlagartig das Arbeitsverhalten der Belegschaften. Bei Glanzstoff z.B. teilte die Direktion dem Betriebsrat bereits am 21. Juni mit, dass sie ab dem 30. Juni durch die hohe Arbeitsbereitschaft der Belegschaft zur Mehrarbeit gezwungen sei. Auch beim Carlswerk ging die Zahl der Krankmeldungen und Fehlschichten in kürzester Zeit zurück, sodass mehr gearbeitet werden konnte. Gleiches gilt für KHD. Nachdem das erste Geld aufgebraucht war, die Preise weiter stiegen, drängten die Belegschaften mehr und mehr auf eine Verlängerung der Arbeitszeit. So wurde im Kupfer- und Kabelbetrieb der Carlswerke ab Mitte Oktober 1948 auf Antrag des Betriebsrates die 48 Stunden Woche eingeführt. Auch Allerheiligen sollte ein normaler Arbeitstag und kein Feiertag sein. Bei der CFK wurde selbst an Weihnachten durchgearbeitet. Zudem fuhren die Belegschaften immer mehr Überstunden – zum Entsetzen von Betriebsräten und Gewerkschaften. So mahnte der Sekretär des DGB-Ortsausschusses Michels auf einer Betriebsrätevollversammlung im November 1949 „In vielen Betrieben würden heute Überstunden geschoben, die in Wirklichkeit nicht nur auf Kosten der anderen gingen, sondern in letzter

Konsequenz auf ihre eigenen. Überstundenarbeit ziehe in den Betrieben Gleichgültigkeit im sozialen Kampf nach sich, worauf die Unternehmer nur warten, um zu reaktionären Formen der Ausbeutung zurückzukehren.“ (zit. Rüther S. 442).

Wollten die Arbeiter und ihre Familien in der ansteigenden Konsumwelle mitschwimmen, so reichte der Verdienst aber trotz aller Überstunden nicht aus. Der Druck auf die Gewerkschaften, aggressivere Lohnforderungen zu erheben, wuchs. Der DGB der britischen Zone setzte hingegen nicht auf eine offensive Tarifpolitik zur Erhöhung der Löhne, sondern auf Maßnahmen zur Kontrolle der Preise und auf die Verankerung von Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsdemokratie. Denn während die Bruttolöhne nach der Währungsreform lediglich um 5,5% stiegen, erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittel um 25%. In einigen Orten sorgten Preissteigerungen um 100-500% für großen Unmut. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Arbeitslosen von 442.000 im Juni 1948 auf 937.000 im Januar 1949, da die Arbeitszeiten immer länger wurden.

Die großen Verwerfungen und wachsenden Spannungen in der Bevölkerung ließen zugleich die Kritik an Erhards marktwirtschaftlichem Kurs immer lauter werden. In den Augen des DGB war die Schlacht um die ordnungspolitische Ausrichtung der Wirtschaft noch nicht verloren. Die erneuten Preissteigerungen führten in Köln zu Arbeitsniederlegungen. Am 1. Juli 1948 streikten die Arbeiter des städtischen Fuhrparks. Der vom DGB der britischen Zone ausgerufene Käuferstreik am 14. August 1948 zeigte jedoch wenig Wirkung, die Preise stiegen auch in Köln weiter.

Die wachsende Unruhe und der Druck aus den Belegschaften war eine Triebfeder zu einer bis dahin nicht gekannten gemeinsamen Aktion der Gewerkschaften in den Westzonen. Am 2. November 1948 beschloss der geschäftsführende Vorstand des DGB der BBZ für den 11. und 12. November 1948 „eine achtundvierzigstündige Arbeitsruhe als Demonstration des gewerkschaftlichen Willens“. Diese komplizierte Formulierung war gewählt worden, um einem Verbot der Besatzungsbehörden zu entgehen. Denn politische Streiks waren nach wie vor verboten. Das wesentliche Motiv Böcklers und der Gewerkschaftsführung war aber der Widerstand der Unternehmer, der CDU und der Besatzungsbehörden gegen jede Form überbetrieblicher Mitbestimmung. Sie verweigerten den Gewerkschaften selbst eine paritätische Mitbestimmung in den so genannten Wirtschaftsfachstellen zur Verwaltung der knappen

Roh- und Hilfsstoffe. Zudem hatte die britische Besatzungsmacht ihre Zustimmung zu der vom Landtag NRW beschlossenen Sozialisierung des Bergbaus verweigert – ein in den Augen Böcklers „feindseliger Akt.“ (Lauschke S. 302). Die Gewerkschaften wollten darum jetzt mehr Einfluss nehmen auf die Beratungen des Parlamentarischen Rates, der die neue deutsche Verfassung, das Grundgesetz, ausarbeiten sollte.

Innerhalb der Gewerkschaftsbünde der anderen Zonen gab es Bedenken. Lorenz Hagen, der Vorsitzende des bayerischen Bundes, riet von der Aktion ab. Auch der Vorsitzende der Württembergischen Gewerkschaften äußerte Bedenken. Die Vorstände der Eisenbahnergewerkschaften beschlossen, sich nicht an der Arbeitsruhe zu beteiligen. Vertreter der CDU-Sozialausschüsse verurteilten die Aktion, die christlichen Gewerkschafter unterstützen sie jedoch solidarisch. Verlassen konnte sich Hans Böckler auf seinen Bezirk in Nordrhein Westfalen. Auf einer Versammlung von 300 Funktionären am 10. November gelobten diese auf Anregung von Christian Fette, „durch ihren Einsatz dafür Sorge zu tragen, dass am 12. November in sämtlichen Betrieben und Verwaltungen Arbeitsruhe herrscht.“ (Lauschke S. 311). 9,25 Millionen von 11,7 Millionen Beschäftigten beteiligten sich an dieser größten 24-stündigen Arbeitsniederlegung in Westdeutschland. In 90% aller Betriebe und Verwaltungen ruhte die Arbeit.

„Die Straßenbahnen stehen still. Die Fabrikschornsteine rauchen nicht. An Bauvorhaben wird nicht gearbeitet. Die städtischen Betriebe sind geschlossen mit Ausnahme des Notdienstes. Geschäftshäuser und Wirtschaften und der Einzelhandel haben ebenfalls geschlossen. Nur die Eisenbahn allein macht eine Ausnahme. Die Züge rollen allerdings leer durch die Bahnhöfe.“ (zit. Bilz S. 34). In einer Rundfunkansprache am Abend des 12. November erklärte Hans Böckler: „Die Gewerkschaften sind es satt, hintan gesetzt zu werden und ihre Mitglieder lehnen es ab in der Wirtschaft nur die Rolle des passiven Dulders zu spielen ... Die lebendige Arbeitskraft ist heute der wichtigste Faktor unserer Wirtschaft, nicht das tote Kapital. ... Die schaffenden Massen, die Mehrheit des Volkes sollen nicht immer die Betrogenen sein.“ (zit. Lauschke S. 314).

Die Aktionen der Gewerkschaften blieben jedoch wirkungslos. Zwar legte die neue Verfassung – das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – sich auf keine bestimmte Wirtschaftsordnung fest. Aber weder die Sozialisierung noch die gesamtwirtschaftliche Mit-

bestimmung sollten bis heute Eingang in die Wirtschaftsordnung Deutschlands finden. Der Druck auf die Löhne hielt freilich weiter an. Auch in den Kölner Betrieben kam es immer wieder zu Unruhen und Arbeitsniederlegungen. Im Juli 1950 warnten die Vorsitzenden des DGB-Ortsausschuss Köln und der Gewerkschaften vor der Gefahr, „dass sich die Betriebskollegen zu selbständigen Handlungen entschließen, falls nicht von den Gewerkschaften zumindest notwendige Maßnahmen ergriffen werden.“ (zit. Rüther S. 457). Vorausgegangen waren Arbeitsniederlegungen bei KHD.

In den Gewerkschaften mehrten sich die Stimmen, den Kampf um Sozialisierung und Mitbestimmung zu Gunsten einer Lohnbewegung einzustellen. Aber gerade jetzt mussten die Gewerkschaften antreten, um zumindest die Mitbestimmungsrechte zu verteidigen, die sie bereits errungen hatten. Sie mussten kämpfen, um die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie zu erhalten. Im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie waren 1946 durch die britische Besatzungsbehörde die Unternehmen beschlagnahmt worden. Sie sollten entflochten und in Teilen demontiert werden, um der deutschen Rüstung ein für allemal die Basis zu entziehen. Die Eisen- und Stahlindustrie wurden von einer Treuhandgesellschaft unter deutscher Leitung verwaltet.

In zähen Verhandlungen war es Hans Böckler und den Gewerkschaften gelungen, in den Aufsichtsräten der entflochtenen Unternehmen die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer durchzusetzen. Betriebliche Vertreter und Vertreter des DGB wie der IG Metall saßen in den Aufsichtsräten. Auf Vorschlag der Arbeitnehmerseite wurde ein Arbeitsdirektor als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied bestellt, der für alle personellen und sozialen Fragen des Betriebes zuständig war. Die Unternehmen sahen sich von den Verhandlungen ausgeschlossen und fühlten sich überfahren. Vor allem die Bestellung des Arbeitsdirektors wurde von ihnen abgelehnt. Jedoch verzichteten sie auf offenen Widerstand und boten den Gewerkschaften die paritätische Besetzung der Aufsichtsgremien mit der Absicht an, eine gemeinsame Front gegen die Pläne der Briten zur Entflechtung und Demontage zu bilden. Anfang 1947 trat die paritätische Mitbestimmung in Kraft.

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland sollte nun das alliierte Recht abgelöst werden. Die Arbeitgeber, darunter auch führende Vertreter der Stahlindustrie, sahen nun ihre Stunde gekommen, die ungeliebte Montanmitbestimmung abschaffen zu können.

Die Zukunft unseres Volkes

soll eine **demokratische** und **gerechte** Ordnung sichern. Sie soll innerlich und äußerlich freie und aufrechte Menschen schaffen, die gemeinsam ein neues, anderes und besseres Deutschland aufbauen helfen. Diesem Ziel soll die neue Verfassung dienen.

Wer Gerechtigkeit von anderen verlangt - muß selbst Gerechtigkeit üben. Wer sich zur Demokratie bekennt - muß demokratisch handeln. Das gilt nicht nur für die Politik - das gilt auch für die Wirtschaft.

• Eine **politische Demokratie ohne Demokratie in der Wirtschaft** ist eine Halbheit - an dieser Halbheit ging die Weimarer Republik zugrunde.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Millionen arbeitender Mitglieder aus allen Parteien und allen religiösen Bekenntnissen fordern die

Demokratisierung der Wirtschaft

Sie fordern: **Koalitionsfreiheit**

Sozialisierung der Schlüsselindustrien

Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft

Wirtschaftliche Selbstverwaltung

Wirtschaftskammern

Mitbestimmung im Betriebe

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Diese wesentlichsten Forderungen der Gewerkschaften müssen in der Verfassung verankert sein, wenn der Weg zu einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaft frei werden soll. Ohne die Erfüllung dieser Forderungen ist auch die politische Demokratie nicht gesichert. Die Gewerkschaften erheben diese Forderungen im Namen von Millionen Arbeitnehmern aus allen Schichten, Berufen und politischen Lagern.

• Sie sind kein parteipolitisches Programm - sie sind das Programm der arbeitenden Menschen in Deutschland!

Gewerkschafter sorgt dafür, daß sie Wirklichkeit werden!

Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Köln

Kölner DGB-Flugblatt,
Dezember 1947

Die Fraktionen von CDU/CSU brachten einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der für alle Aufsichtsräte in der Wirtschaft nur noch die Drittelparität vorsah. Da der DGB hingegen die paritätische Mitbestimmung auf alle Zweige der Wirtschaft ausdehnen wollte, war der Konflikt unvermeidlich. Vor allem Hans Böckler, aber auch die IG Metall, die IG Bergbau sowie der IG Chemie wollten diese Auseinandersetzung führen. Eine offensive Lohnpolitik, wie sie von anderen Gewerkschaftsführern befürwortet wurde, konnte warten. Der Druck der Öffentlichkeit wuchs. Die CDU-Sozialausschüsse wandten sich gegen diese kollektivistische Form der Mitbestimmung. Im DGB wurden Stimmen laut, die forderten, auf die paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen zu verzichten und die Parität in den Kammern anzustreben.

Es war der Hartnäckigkeit Böcklers zu verdanken, der trotz seiner schweren Erkrankung für die paritätische Mitbestimmung kämpfte, dass die Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung hart blieben. „Wir müssen nur das Herz haben, nicht zurückzuweichen vor den Angriffen, die, wenn wir etwas tun, zweifellos von allen Seiten auf uns niedergehen werden. Wir müssen einen unerbittlichen und unnachgiebigen Kampf führen.“ (zit. Lauschke S. 369). Die Stahlarbeiter und Bergleute folgten ihm. In einer Urabstimmung der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der Hüttenwerke am 29. und 30. November 1950 sprachen sich 95,87% der Befragten für einen Streik aus. Vorstand und Beirat der IG Metall empfahlen einmütig den Beschäftigten, zum 31. Januar 1951 die Arbeitsverträge kollektiv zu kündigen. Die IG Bergbau zog nach und führte am 17. bis 19. Januar eine Urabstimmung durch, in der 92,8% der Befragten dem Streik zustimmten. Nun musste die Bundesregierung einlenken.

Bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Köln an Konrad Adenauer und Hans Böckler am 4. Januar 1951 soll das entscheidende Gespräch vereinbart worden sein. Am 11. Januar 1951 trafen sie sich zu einem vertraulichen Gespräch und vereinbarten weitere Verhandlungen der Sozialpartner. Diese verständigten sich nach langwierigen Gesprächen und unter weiterem Druck der Bundesregierung auf den Erhalt der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie. Auch wenn sich die wesentlichen Aktionen im Ruhrgebiet abspielten, so waren die Kölner Gewerkschaften am Kampf um die Mitbestimmung aktiv beteiligt: In einer Großveranstaltung am 21. Juli 1950 im Festsaal der Sartory Betriebe wurden

die Mitbestimmungsforderungen des DGB vorgestellt. Am 27. Juli 1950 kam es in allen Betrieben und städtischen Dienststellen zu einem einstündigen Warnstreik. Auf einer Betriebsrätevollversammlung am 4. Dezember 1950 referierte das DGB-Vorstandsmitglied Hans vom Hoff vor 1.000 Teilnehmer über die Mitbestimmungsforderungen. Scharf verwarnte er sich gegen den Vorwurf der CDU, aber auch der CDA-Sozialausschüsse, der Kampf um die Mitbestimmung sei ein Streik gegen die Demokratie.

Am 12. Januar 1951 beschloss der DGB-Bundesausschuss für den 1. Februar 1951 einen eintägigen Generalstreik. Auf einer Betriebsrätevollversammlung am 25. Januar 1951 wurde der Streik in Köln mit 1.000 Betriebsräten vorbereitet. Am folgenden Tag, es war Freitag, der 26. Januar 1951, veröffentlichte der DGB das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern über den Erhalt der Montanmitbestimmung. Hans Böckler sagte in seiner Schlussansprache vor dem DGB-Bundesausschuss am 29. Januar 1951: „Der Kampf ist beendet, auf zu neuen Kämpfen. Es sind schwere Zeiten, denen wir entgegengehen.“ (zit. Rossmann S. 466).

Es war sein Vermächtnis. Hans Böckler starb am 16. Januar 1951. Tief erschüttert trauerten die Menschen um den Verlust dieses großen Arbeiterführers. Die Beisetzung am 21. Februar glich einem Staatsbegräbnis. An den Gewerkschaftshäusern, auf öffentlichen Gebäuden und in zahlreichen Betrieben wehten die Fahnen auf Halbmast. Für zwei Minuten ruhte in allen Betrieben der Bundesrepublik die Arbeit.

An der Trauerfeier in der Aula der Kölner Universität nahmen u.a. die drei Hochkommissare der früheren Besatzungsmächte, der Bundespräsident, der Bundeskanzler, viele Bundesminister, der Bundesvorstand des DGB und der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Robert Görlinger, teil. Konrad Adenauer beklagte den Verlust eines „persönlichen Freundes“. Kurt Schumacher würdigte Böckler mit den Worten: „Er war im Auftrag seiner arbeitenden Mitmenschen tätig, und dieser Auftrag war ihm immer ein Antrieb zur Gestaltung, zur Änderung der Verhältnisse im Sinne sozialer Gerechtigkeit.“ (zit. Lauschke S. 393).

Nach der Feierstunde bewegte sich der Trauerzug zum Friedhof Melaten. Tausende Kölnerinnen und Kölner säumten den Weg und gaben Hans Böckler die letzte Ehre. Böckler wurde in einem von

Prof. Wilhelm Meistermann gestalteten Ehrengrab der Stadt Köln beigesetzt. Die schweren Kämpfe, die er vorausgesagt hatte, blieben den Gewerkschaften nicht erspart. Sie entzündeten sich an der Betriebsverfassung.

Das Betriebsverfassungsgesetz sollte das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 22 ablösen. Die Betriebsverfassung sollte die Rechte der Betriebsräte eindeutig bestimmen und ein einheitliches Recht für die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst schaffen. Darum waren die Gewerkschaften auch in Köln überrascht und empört, dass der Regierungsentwurf vom November 1951 die Aufspaltung der Mitbestimmung in die Betriebsverfassung für die Wirtschaft und ein Personalvertretungsrecht für den öffentlichen Dienst vorsah. Die Betriebsräte wurden zudem wieder auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Unternehmensleitungen und den Betriebsfrieden verpflichtet, ihre Mitbestimmungsrechte erstreckten sich weitgehend auf die sozialen Angelegenheiten der Belegschaften.

Der DGB-Bundesvorstand rief zu Protesten auf. Auch der Kölner DGB mobilisierte Mitglieder und Öffentlichkeit. Der Vorstand beschloss den Druck von 100.000 Plakaten und eine umfassende Information aller Betriebsräte. Dies war dringend erforderlich. Denn viele Betriebsräte beklagten, dass ihnen jegliche Information fehlte. Erst im März 1952 wurde der Gesetzentwurf des DGB zur Betriebsverfassung Gegenstand auf Belegschaftsversammlungen und in Sitzungen der Betriebsvertretungen.

Auf Druck der Betriebsräte berief dann der DGB-Ortsausschuss zum 1. April 1952 eine Betriebsrätevollversammlung ein. Die anwesenden beschlossen einstimmig die Forderung, mit „gewerkschaftlichen Kampfmitteln (zunächst Urabstimmung) für die Interessen der Arbeitnehmer einzustehen.“(zit. Rüter S. 467). Der DGB-Ortsausschuss teilte den Betriebsräten am 8. April mit, dass der DGB-Landesbezirk sich an den DGB-Bundesvorstand mit der Frage nach dem Einsatz von Kampfmitteln gewandt hätte.

Nach einer Aufforderung des DGB-Bundesvorstandes zum „Kampf für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz“ fand in Köln am 12. April eine Funktionärskonferenz statt. Die Vertreter der Kölner Gewerkschaften beschlossen eine Flugblattaktion für den 14. und eine Demonstration für den 15. Mai. Auf einer weiteren Funktionärskonferenz am 14. Mai mit 1.700 Teilnehmern wurde die Aktion

am folgenden Tag vorbereitet. Am 15. Mai verließen 50.000 Arbeitnehmer die Betriebe und demonstrierten an sechs Kundgebungsorten.

Durch den Willen der Bundesregierung, für den öffentlichen Dienst ein eigenes Gesetz zu schaffen, engagierte sich besonders der ÖTV bei den Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen. So nahmen an der Kundgebung am 15. Mai trotz der Drohungen der Stadtspitze viele Angehörige der Stadtverwaltung teil. Einen Tag später begannen in den Kölner Betrieben die Gegenaktionen der Arbeitgeber: Mit der Drohung von Entlassungen, dem Fortfall sozialer Einrichtungen und Kürzungen des Zuschusses für die Milch versuchten sie, die Bewegung in den Betrieben zu stoppen.

Als der Vorstand des DGB-NRW am 19. Mai über weitere betriebliche Warnstreiks diskutierte, berichtete der Kölner IG Chemie Leiter Paul Hertwig dennoch von einer kampfbereite Belegschaft in vielen Kölner Chemiebetrieben. Am 24. Mai legten die Straßenbahner für eine Stunde erneut die Arbeit nieder. Der Ton in der Kölner Presse – der Kölnischen Rundschau ebenso wie des Kölner Stadt-Anzeigers – verschärfte sich. Heftig polemisierten sie gegen die Macht der Funktionäre.

Am 28. und 29. Mai streikten nach einem Aufruf der IG Druck und Papier in Köln die Drucker. Keine Kölner Tageszeitung konnte erscheinen. Auch eine bei der Firma König gedruckte Notausgabe wurde durch den Betriebsrat gestoppt. Am nächsten Tag konnte jedoch das Erscheinen der Kölnischen Rundschau nicht verhindert werden. „Insbesondere der Verleger Dr. Heinen bemühte sich, Druck auf die Arbeitnehmer der KR auszuüben und sie einzuschüchtern. Unter anderem sei er brüllend durch den Betrieb gelaufen.“ (Betriebsrat, zit. Breitbach S. 16).

Am 30. Mai 1952 legten die Belegschaften von KHD, Bemag, Auer und Ellmühle - insgesamt 10.600 Beschäftigte - für eine Stunde die Arbeit nieder. Aber am 11. Juni 1952 stoppte der DGB-Bundesvorstand alle Aktionen. Adenauer hatte Verhandlungen unter der Bedingung angeboten, die Aktionen auszusetzen. Böcklers Nachfolger, Christian Fette, und der DGB-Bundesvorstand ließen sich darauf ein. Sie mussten jedoch schnell feststellen, dass Adenauer nicht noch einmal bereit war, den Gewerkschaften entgegenzukommen. Am 19. Juli 1952 nahm der Bundestag mit Mehrheit das neue Betriebsverfassungsgesetz an. Die Gewerkschaften

hatten ihre Forderungen nicht durchsetzen können. In einer Aussprache über das Betriebsverfassungsgesetz auf einer Funktionärskonferenz des DGB stellte ein Delegierter der IG Chemie fest: „Meine Belegschaft war bereit, die Arbeit niederzulegen, aber der große Bruder hat es verhindert. Wir haben eine große Niederlage erlitten. Zur selben Zeit haben wir eine Lohn- und Gehaltsbewegung geführt mit dem Ergebnis einer Erhöhung von 6 bis 10 Pfg. pro Stunde, für die Angestellten 5%.“ (zit. Rütger S. 472).

Damit traf er die Stimmung in den Betrieben sehr genau. Es ging den Belegschaften bei aller Bereitschaft, den Gewerkschaften im Kampf um die Mitbestimmung zu folgen, in erster Linie um einen höheren Lohn. Die Gewerkschaften zogen jetzt daraus Konsequenzen: Kampf für höhere Löhne und Gehälter und für die Arbeitszeitverkürzung. Die Tarifpolitik wurde zum zentralen Handlungsfeld der Gewerkschaften. Für die Mitbestimmung und die Neuordnung der Wirtschaft war künftig der DGB zuständig und das bedeutete: Einfluss auf die Politik nehmen, um damit über das Parlament eine andere Gesetzgebung zu erreichen. Das sollte aber noch bis 1969, dem Regierungsantritt des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt dauern.

Aufruf

der Kölner Gewerkschaften

Kolleginnen und Kollegen!

Die Demokratie gerät in Gefahr, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Betriebsräte-Gesetz geschaffen wird, das die Rechte, die wir hatten, erhält und die Versprechungen, die uns gegeben wurden, erfüllt.

Der DGB fordert beharrlich Mitbestimmung auch im Betrieb.

Alle Verhandlungen-brachten keinen Erfolg.

Der Tag ist gekommen, an dem gehandelt werden muß.

Darum heraus aus den Betrieben.

Am 15. Mai um 15 Uhr heraus zur Kundgebung für ein fortschrittliches Betriebsrätereht

Die Arbeit ruht ab 15 Uhr in allen Betrieben und Dienststellen für eine Stunde.

Die Arbeitnehmer treffen sich zu dieser Kundgebung

In Mühlheim auf dem Wiener Platz

In Kalk vor der Kalker Post

In Deutz auf dem Bebelplatz

In Köln-Süd auf dem Chlodwigplatz

In Ehrenfeld auf dem Marktplatz, Geiselerstraße Ecke Venloer Straße

In Nippes Kemperer Straße - Merheimer Straße

Geht geschlossen von Euren Betrieben zu den Kundgebungsstätten!
Bringt alle Kolleginnen und Kollegen mit!

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Köln**

Mittelrheinische Druckerei und Verlagsanstalt GmbH., Köln-Deutz

DGB-Flugblatt zum Warnstreik am 15. Mai 1952

Chronik

06. März 1945 Das linksrheinische Köln wird von amerikanischen Truppen befreit.
15. März 1945 Werner Hansen, vor 1933 Funktionär der freien Angestelltengewerkschaft und maßgebliches Mitglied der Exilgewerkschaft in London, kehrt nach Köln zurück.
27. März 1945 Willi Bause, vor 1933 Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Gemeindearbeiter und stellv. Leiter des Kölner Arbeitsamtes, beantragt mit einer Delegation christlicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter bei der US-Militärkommandantur die Erlaubnis zur Gründung einer Gewerkschaft. Sie wird verweigert.
- 12.- 15. April 1945 Befreiung des rechtsrheinischen Köln.
- ab April 1945 Im Unterschied zu den stark zerstörten Gebäuden hat der Maschinenpark der Kölner Industrie den Krieg weitgehend unbeschadet überstanden. Bis August 1945 wird in den meisten Betrieben die Produktion wieder aufgenommen. Zugleich bilden frühere Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre aus der Weimarer Zeit in den Großbetrieben der Metall-, Eisen-, Stahl- und chemischen Industrie sowie in der Stadtverwaltung und den öffentlichen Betrieben Betriebsausschüsse.
29. April 1945 Treffen von 39 Vertrauensleuten der ehemaligen Arbeiterbewegung in Köln – Höhenhaus.
- April 1945 Hans Böckler kehrt aus seinem Versteck in Much nach Köln zurück.
1. Mai 1945 Maikundgebungen und Demonstrationen sind verboten. Ein öffentlicher Gottesdienst der Katholischen Kirche ist erlaubt. Die einzige legale „Interessensvertretung“ ist die Industrie- und

- Handelskammer zu Köln.
4. Mai 1945 Konrad Adenauer wird von der US-Militärregierung zum Oberbürgermeister von Köln ernannt.
11. Mai 1945 Willi Schirrmacher, sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, wird Leiter des Arbeitsamtes Köln Mülheim.
3. Juni 1945 Bildung des „vorläufigen Landesausschusses der Rheinischen Gewerkschaften“ aus Vertretern der freien und christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften. Sprecher wird Hans Böckler. Verabschiedung eines „Fünf Punkte Programms“: Bekenntnis zu einer von politischen Parteien unabhängigen Einheitsgewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
9. Juni 1945 Treffen mit den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, Hans Fuchs, der als ehemaliger christlicher Gewerkschafter die Anerkennung der Gewerkschaft unterstützen will. Heinz Gerard, Mitglied der KPD, wird in den Rheinischen Landesausschuss aufgenommen.
12. Juni 1945 Zusammenkunft des Ausschusses aus 16 Gewerkschaftern, darunter 4 Christdemokraten aus Köln und Bonn sowie 2 Kölner Kommunisten. Endgültige Verabschiedung der „Fünf Punkte“.
21. Juni 1945 Wechsel der Militärregierung. Köln gehört zur britischen Zone.
29. Juni 1945 Brief Böcklers an die neue Militärregierung.
17. Juli 1945 Zulassung der Gründung einer Einheitsgewerkschaft.
2. August 1945 Gründung der „Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten“ im Gerichtssaal des Kölner Rathauses im Gebäude der Allianz am Kaiser Wilhelm Ring. Wahl eines

- Fünfer Ausschusses. Vorsitzender wird Paul Weh (SPD), Willi Berling (SPD,) Fritz Wallraff (Christl.), Alfred Körner (SPD), Heinrich Gerards (KPD).
8. August 1945 Industrial Relation Directive No. 2 fordert die Belegschaften auf, Sprecher zu wählen, um Verhandlungen mit den Betriebsleitungen zu führen.
4. Oktober 1945 Beschwerde Hans Böcklers an die brit. Militärregierung über die mangelnde Beachtung der Direktive in Köln.
8. Oktober 1945 Anweisung an die IHK alle Betriebe über die Direktive zu unterrichten, Betriebsversammlungen sind als Wahlversammlungen erlaubt. Bis Februar 1946 Wahl von Betriebsräten.
- ab September 1945 Bildung der Industriegruppen, die jedoch nur einen vorläufigen Status haben.
13. November 1945 Besprechung der Gewerkschaften mit der IHK und der HWK über die Ausgestaltung der Rechte der Betriebsräte.
7. Dezember 1945 Konferenz rheinischer Gewerkschafter in Düsseldorf: Nach Verhandlungen mit der brit. Militärregierung und einer Delegation des brit. TUC stimmt auch Böckler dem Modell autonomer Industriegewerkschaften zu. Es werden 14 Industrieverbände gebildet.
- bis Dezember 1945 Bezug der Gewerkschaftsbüros im Haus Venloer Wall. Die Einheitsgewerkschaft hat 30.000 Mitglieder.
- ab Januar 1946 Die Versorgungslage der Kölner Bevölkerung wird immer katastrophaler. Die Zuteilung wird von 1.550 Kcal. Pro Person auf 1.014 reduziert. Schweizer Gewerkschaften schicken Lebensmittel für Kölner Kinder.
1. Februar 1946 Genehmigung des Aufbaus der Gewerkschaften durch die brit. Militärregierung nach einem Drei

Phasen Modell: (Versammlungen und Verabschiedung von Satzungen, Eröffnung eines Büros, später: Zusammenschluss in überörtlichen Dachverbänden).

- 1. Februar 1946 Aufteilung der gemeinsamen Kasse unter die künftigen Industrieverbände.
- 27. Februar 1946 Konferenz der Gewerkschaften für Nordrhein in Düsseldorf – Richtlinien für den Gewerkschaftsaufbau sowie für ihren Zusammenschluss in der Region (Bezirksausschuss mit eigenem Apparat).

Gewerkschaften	1. Versammlung	Büroeröffnung
Bau	Oktober 1945	Februar 1946
Bergbau	Juli 1945	September 1945
Chemie	März 1946	Mai 1946
DAG	März 1946	März 1946
Gartenbau	August 1946	Oktober 1946
Graph. Gewerbe	September 1945	Januar 1947
Holz	Herbst 1946	Oktober 1946
Metall	April 1946	August 1945
Musik / Bühne	Juni 1946	Juni 1946
Nahrung / Genuss	September 1945	Januar 1946
Öffentliche Dienste	Juni 1946	Juni 1946

- März 1946 Erich Potthoff nimmt als wirtschaftswissenschaftlicher Berater Hans Böcklers seine Tätigkeit im Kölner Gewerkschaftshaus auf.
- 7. April 1946 1. Kölner Betriebsrätekonferenz in der Chemischen Fabrik Kalk.
- April 1946 Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone zur SED. Initiativen zur Einheit von SPD und KPD in Ehrenfelder Klein – und Mittelbetrieben.
- 10. April 1946 Kontrollratsgesetz Nr. 22 über die Bildung der Betriebsräte.
- 1. Mai 1946 Die brit. Militärregierung erklärt den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, Mai-Feier in der Au-

- la der Kölner Universität; Redner: Hans Böckler und der brit. Stadtkommandant White.
3. Juni 1946 Kontrollrat Direktive Nr. 31 über die Zulassung des Zusammenschlusses der Gewerkschaften in der jeweiligen Zone.
5. Juni 1946 Der Zonenausschuss der Gewerkschaften beschließt in Köln ein Forschungs- und Planungsinstitut einzurichten.
11. Juli 1946 Konstituierung der Sozialausschüsse in der CDU, ein Schwerpunkt ist die Sammlung christlicher Gewerkschafter in den Großbetrieben.
- Juni / Juli 1946 Versorgungspegel sinkt auf 773 Kcal pro Person, gleichzeitig blüht der Schwarzmarkt.
- August 1946 Die Internationale Transportarbeiterförderung schickt Lebensmittelpakete, die über die Gewerkschaft ÖTV verteilt werden – ein Beispiel zahlreicher Hilfsaktionen ausländischer Gewerkschaften.
- November 1946 Konstituierung des Ortsausschusses der Kölner Gewerkschaften, 1. (ehrenamtlicher) Vorsitzender wird Paul Weh, zugleich Bevollmächtigter des Industrieverbandes Metall.
12. November 1946 5.400 Beschäftigte von KHD und Westwaggon legen die Arbeit nieder – am nächsten Tag folgen weitere sieben Betriebe.
20. November 1946 Konferenz aller Kölner Betriebsräte in der Chemischen Fabrik Kalk – Kundgebung gegen den Hunger, Verabschiedung von 10 Forderungen zur wirtschaftlichen und politischen Lage.
- Winter 1947 Kältewelle – die Kölner hungern und frieren, 10.000 Kölner gehen täglich ins Umland hams-tern, die Abwesenheitsrate in den Betrieben erreicht 20%, die Arbeitszeit wird von 48 auf 40 Stunden gesenkt.
18. Februar 1947 Zonenvorstand und Zonenausschuss der Ge-

- werkschaften der brit. Besatzungszone beschließen eine Musterbetriebsvereinbarung über die Rechte der Betriebsräte.
1. Jahreshälfte Betriebsratswahlen, beim Kölner Arbeitsamt kandidiert neben der Liste der ÖTV eine CDU-Liste.
24. März 1947 Arbeitsniederlegungen in mehreren Betrieben wegen der Ernährungslage.
27. März 1947 5.000 Arbeiter aus rechtsrheinischen Großbetrieben ziehen vor das provisorische Rathaus am Kaiser Wilhelm Ring und protestieren gegen die schlechte Ernährungslage.
28. März 1947 Arbeitsniederlegung bei der Reichsbahn.
1. April 1947 Demonstration von 3.000 Nippeser Eisenbahnern vor dem Rathaus.
22. bis 25. April 1947 Gründungskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone – Sitz wird von Köln nach Düsseldorf verlegt.
1. Mai 1947 Maikundgebungen im linksrheinischen Köln vor der Universität, Redner Christian Fette Kundgebung in der Kantine der Chemischen Fabrik Kalk für das rechtsrheinische Köln.
16. – 22. Juni 1947 Die Rationen sinken auf 737 Kcal pro Tag, es gibt fast nur Brot, Arbeitsniederlegungen aus Erschöpfung in mehreren Betrieben. Der Vorsitzende des DGB-Ortsausschusses, Paul Weh, schickt ein dringendes Nottagegramm an die Zweizonenverwaltung, Amt für Ernährung Stuttgart.
20. – 22. Juni 1947 25.000 bis 30.000 Beschäftigte streiken gegen den Hunger, die Militärbehörden drohen mit den Einsatz von Soldaten.
18. Januar 1948 Arbeitsniederlegungen bei den Kölner Verkehrsbetrieben.
20. Januar 1948 Zusammenkunft aller Kölner Betriebsobleute,

- Betriebsratsvorsitzenden und Gewerkschaftssekretäre beschließt einen Generalstreik.
21. Januar 1948 120.000 Beschäftigte aus 200 Betrieben legen für 24 Stunden die Arbeit nieder.
26. Februar 1948 Hans Böckler erhält die Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät der Universität zu Köln.
24. März 1948 Betriebsoblateuerversammlung des DGB zur wirtschaftlichen Neuordnung und Sozialisierung.
26. April 1948 Empörung und Demonstrationen gegen das milde Urteil für den früheren stellv. NSDAP Gauleiter Richard Schaller.
1. Mai 1948 Maikundgebungen im rechts- und im linksrheinischen Köln mit 10.000 Teilnehmern sowie Maikundgebungen im Kölner Umland.
21. Juni 1948 Währungsreform, die DM wird einziger Bezugschein für Waren und Dienstleistungen.
- Juli 1948 Austritt der Deutschen Angestelltengewerkschaft aus dem DGB, Gründung der DGB Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.
9. August 1948 Wahl eines vorläufigen Vorstandes der Gewerkschaft Handel – Banken und Versicherungen in Köln.
14. August 1948 Gründung des Deutschen Beamtenbundes.
12. November 1948 Der Gewerkschaftsbund des vereinigten Wirtschaftsgebietes ruft zu einem 24-stündigen Generalstreik auf. Er wird in Köln weitgehend befolgt.
1. Februar 1949 Gründung der Deutschen Postgewerkschaft nach Austritt der Fachgruppe Reichspost aus der ÖTV.
- Februar 1949 Gründung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands nach Austritt der Fachgruppe Reichsbahn aus der ÖTV.

- 13. Oktober 1949 Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Bundesrepublik Deutschland. 1. Vorsitzender wird Hans Böckler.
- 29. Oktober 1949 Wahl des 1. hauptamtlichen Vorsitzendes des DGB Köln, Peter Michels.
- 12. April / 23. Mai 1950 Konstituierung des DGB Kreisvorstandes Köln.
- 21. Juli 1950 Großveranstaltung des DGB in Sartory Sälen zur Mitbestimmung in den Unternehmen.
- 27. Juli 1950 Einstündiger Warnstreik in den Betrieben und Verwaltungen für die Mitbestimmung.
- 4. Dezember 1950 Betriebsrätevollversammlung des DGB, Ruf nach dem Generalstreik.
- 12. Januar 1951 DGB-Bundesausschuss beschließt einen eintägigen Generalstreik zur Durchsetzung der Mitbestimmung. Vorangegangen waren Urabstimmungen in der Montanindustrie.
- Januar 1951 Hans Böckler und Konrad Adenauer werden Ehrenbürger der Stadt Köln.
- 25. Januar 1951 Vorbereitung des Generalstreiks auf einer Kölner Betriebsrätekonferenz.
- 26. Januar 1951 DGB gibt Ergebnis der Verhandlungen zwischen Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber über die paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen des Bergbaus und der Eisen schaffenden Industrie bekannt.
- 16. Februar 1951 Tod Hans Böcklers.
- 18. Dezember 1951 Betriebsrätekonferenz des DGB Köln zur Betriebsverfassung, Forderung nach einer einheitlichen gesetzlichen Regelung für Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst.
- 1. April 1952 Betriebsräteversammlung des DGB Köln: Planung von Kampfmaßnahmen für die betriebliche Mitbestimmung.

1. Mai 1952 1. Mai: hohe Mobilisierung für die Mitbestimmung.
15. Mai 1952 Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen in Kölner Betrieben.
24. Mai 1952 Straßenbahnerstreik.
28. / 29. Mai 1952 Kölner Zeitungsstreik für die Durchsetzung der Mitbestimmung.
11. Juni 1952 DGB Bundesausschuss beschließt Einstellung aller Aktionen im Kampf um die Mitbestimmung.
19. Juli 1952 Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes für die Privatwirtschaft – erst 1955 wird ein Bundespersonalvertretungsgesetz und erst 1958 eine Landespersonalvertretungsgesetz, das auch die Kommunen umfasst, verabschiedet.

Literatur

Bilz, Fritz / Klein, Beatrix / Ehlert, Klaus:

Im Prinzip sind wir und doch einig. 50 Jahre ÖTV Köln, 1946 - 1996. Herausgegeben von der ÖTV-Kreisverwaltung Köln.

Boeßenecker, Karl- Heinz:

Der DGB und seine Jugendarbeit in Köln nach 1945. Eine Lokalstudie gewerkschaftlicher Organisationsprozesse. Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung, Bonn 1985.

Borsdorf, Ulrich: Hans Böckler, Erfahrungen eines Gewerkschafters, 1875 bis 1945, Köln 2005.

Breitbach, Ulrich: Kontrovers und solidarisch, Die Kölner IG Medien und ihre Vorläufer von 1945 bis 2000, Herausgegeben vom Ortsverein Köln der IG Medien, Köln 2001.

Brunn, Gerhard (Hrsg.):

Sozialdemokratie in Köln. Ein Beitrag zur Stadt- und Parteiengeschichte, Köln 1986.

Dann, Otto (Hrsg.): Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Wuppertal 1981.

Deutsche Postgewerkschaft, Bezirksverwaltung Köln:

Unser Weg. Chronik der deutschen Postgewerkschaft, Bezirk Köln, von 1945 bis 1988, Köln 1989.

Lauschke, Karl: Hans Böckler, Gewerkschaftlicher Neubeginn, 1945 bis 1951, Köln 2005.

Rüther, Martin: Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und

Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952,
Bonn 1991.

Rossmann, Witich: Vom mühsamen Weg zur Einheit. Lesebuch zur Geschichte der Kölner Metallgewerkschaften. Quellen und Dokumente I: 1848 – 1918, II: 1945 – 1951. Herausgegeben von der IG Metall, Verwaltungsstelle Köln, Hamburg 1991.

Stadt Köln (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Köln, 1933 – 1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1981.

Impressum:

DGB-Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg
Dr. Wolfgang Uellenberg – van Dawen
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Tel: 0221 – 500032-0

Fax: 0221 – 500032-20

Mail: Koeln@DGB.de

Internet: www.DGB-Region-Koeln.de